ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Janssen, Thilo; Lübker, Malte

**Research Report**

# Europäischer Tarifbericht des WSI - 2022/2023: Inflationsschock lässt Reallöhne europaweit einbrechen

WSI Report, No. 86

**Provided in Cooperation with:**
The Institute of Economic and Social Research (WSI), Hans Böckler Foundation

*Suggested Citation:* Janssen, Thilo; Lübker, Malte (2023) : Europäischer Tarifbericht des WSI - 2022/2023: Inflationsschock lässt Reallöhne europaweit einbrechen, WSI Report, No. 86, Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Düsseldorf

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/299257

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WSI
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

REPORT

Das WSI ist ein Institut der Hans-Böckler-Stiftung

Nr. 86, Juli 2023

# EUROPÄISCHER TARIFBERICHT DES WSI – 2022 / 2023

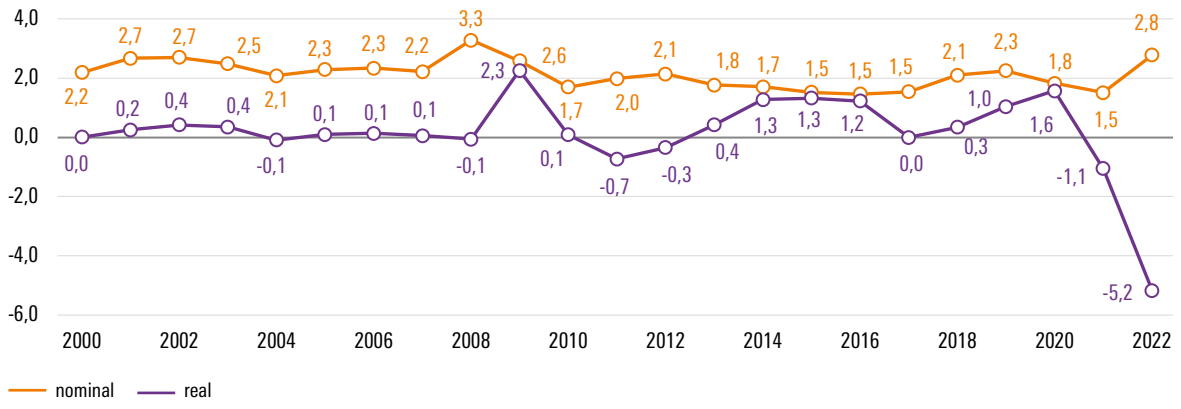
## Inflationsschock lässt Reallöhne europaweit einbrechen

Thilo Janssen, Malte Lübker

## AUF EINEN BLICK

Mit einem Rückgang der Reallöhne um 4,0 % erlitten die Beschäftigten in der Europäischen Union im Jahr 2022 einen bisher einmaligen Verlust an Kaufkraft. Ursächlich war der rapide Anstieg der Verbraucherpreise, hinter den das Nominallohnwachstum deutlich zurückfiel. Inzwischen wird die Teuerung nicht mehr von den Importpreisen für Energie, sondern von inländischen Faktoren bestimmt. Die gestiegenen Gewinnmargen der Unternehmen sind dabei eine wesentliche Ursache der beharrlichen Inflation. In diesem schwierigen Umfeld ergibt sich für die Gewerkschaften die Herausforderung, die Reallöhne zu sichern – und für die Unternehmen die Verantwortung, durch den Abbau der Übergewinne ihren Beitrag zur Rückkehr auf den stabilitätspolitischen Pfad zu leisten.

**Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone, 2000 – 2022**
Veränderungen zum Vorjahr in Prozent




Anmerkung: Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Europäische Zentralbank (Tariflöhne) und AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2023), Berechnungen des WSI.

# INHALT


**1 Einleitung . . . 3**

**2 Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik . . . 3**
2.1 Allgemeine Wirtschaftsentwicklung . . . 3
2.2 Die Lage auf dem Arbeitsmarkt . . . 5
2.3 Produktivitätsentwicklung, BIP-Deflator und Verteilungsspielraum . . . 5

**3 Die Entwicklung der Tariflöhne . . . 7**
3.1 Der EZB-Tariflohnindikator . . . 7
3.2 Die Tariflohnentwicklung in ausgewählten EU-Staaten . . . 9

**4 Die Entwicklung der Effektivlöhne . . . 11**
4.1 Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen . . . 11
4.2 Verteilungsbilanz und funktionale Einkommensverteilung . . . 13

**5 Inflationsverlierer und Inflationsgewinner . . . 15**
5.1 Preisanhebungen führen zu steigenden Gewinnmargen . . . 15
5.2 Beiträge von Lohn- und Gewinnentwicklung zum BIP-Deflator . . . 15

**6 Fazit: Findet Europa einen gerechten Ausweg aus der Krise? . . . 18**


# AUTORENSCHAFT

**Thilo Janssen**
ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und Korrespondent für die europäische Stiftung Eurofound. Forschungsschwerpunkte: Europäische Arbeitsbeziehungen und europäische Integration.
thilo-janssen@boeckler.de

**Dr. Malte Lübker**
ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Löhne, Tarifpolitik, personale und funktionale Einkommensverteilung und Umverteilung durch den Wohlfahrtsstaat.
malte-luebker@boeckler.de

# 1 EINLEITUNG

Nach dem weitgehenden Ende der pandemiebedingten Verwerfungen bestimmt in den Jahren 2022 und 2023 das Inflationsgeschehen die europäische Tarifpolitik. Zogen bereits 2021 die Preise an, kam es durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ab Februar 2022 zum Energiepreisschock. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) erreichte die Teuerungsrate mit 11,5% im Oktober 2022 in der EU-27 einen Höchststand. Der dadurch ausgelöste massive Kaufkraftverlust für die Beschäftigten setzt Gewerkschaften unter Druck, durch hohe Lohnabschlüsse die Reallöhne zu stabilisieren. Gleichzeitig klagen auch die Unternehmen über hohe Preise für Energie und Vorprodukte. Doch sind es mit dem rapiden Absinken der Preise für importierte Energie inzwischen inländische Faktoren, die das Preisgeschehen prägen (Europäische Kommission 2023a, S. 9, 29). Neben der wiederkehrenden Warnung vor einer Lohn-Preis-Spirale (u. a. Creutzburg 2023) stehen die steigenden Gewinnmargen der Unternehmen zunehmend im Fokus der Debatte um die Ursachen des Preisauftriebs (Europäische Kommission 2023a, S. 29ff.; Ragnitz 2022; Weber/Wasner 2023).

Entsprechend gehen wir im diesjährigen Europäischen Tarifbericht der Frage nach, welchen Anteil Löhne und Gewinne an der Persistenz der hohen Inflation haben – und welche verteilungspolitischen Herausforderungen sich daraus für die Tarifpolitik ergeben. Ausgangspunkt hierfür sind die ökonomischen Rahmenbedingungen, das Arbeitsmarktgeschehen und der Spielraum für verteilungspolitisch neutrale Lohnerhöhungen, der sich aus der Produktivitäts- und Preisentwicklung ableiten lässt (Abschnitt 2). In der weiteren Analyse wird erörtert, ob von den Tariflöhnen inflationsbeschleunigende Impulse ausgehen (3) und inwiefern die Löhne den Verteilungsspielraum ausschöpfen. Dies beeinflusst auch die funktionale Einkommensverteilung (4). Die anschließende Analyse der Beiträge von Lohn- und Gewinnentwicklung zum BIP-Deflator (5) erhärtet die Annahme, dass die aktuelle Inflationskrise verteilungspolitische Konsequenzen zu Lasten der Beschäftigten hat (6).

# 2 ÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN DER TARIFPOLITIK

## 2.1 Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Tarifpolitik waren in den vergangenen drei Jahren bestimmt durch die Corona-Pandemie, den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022, die folgende Energiekrise und zuletzt durch die rasant steigenden Verbraucherpreise. Deshalb ist es bemerkenswert, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU sich nach dem Erholungsjahr 2021 (5,4%) im Jahr 2022 mit einem Wachstum von 3,5% besser entwickelt hat, als dies zunächst abzusehen war. So lag das tatsächliche Wachstum im vergangenen Jahr um ganze 0,8 Prozentpunkte über der Prognose aus dem letzten Frühjahr (Europäische Kommission 2022a). Die Last der hohen Inflation trugen laut Kommission vor allem die Privathaushalte, die teilweise durch staatliche Leistungen gestützt wurden (s. a. Dullien/Rietzler/Tober 2023). Positiv wirkte sich die weiterhin gute Entwicklung des Arbeitsmarktes aus (Europäische Kommission 2023b, S. 14).

Mit der Rücknahme der pandemiebedingten Beschränkungen konnte über den Sommer 2022 eine weiterhin wachsende Nachfrage nach Dienstleistungen beobachtet werden. In den verarbeitenden Sektoren wirkte sich die schrittweise Verbesserung der Lieferkettensituation positiv aus. Insgesamt ergibt sich für die Länder der EU-27 ein uneinheitliches Bild. Stärker wachsen konnten vor allem die Volkswirtschaften im Süden der EU, darunter Portugal (6,7%), Griechenland (5,9%) und Spanien (5,5%). Schlusslicht ist Italien mit einem Wert von 3,7%. In Westeuropa ist Irland ein Ausreißer: Das Wachstum von 12,0% des BIP ist eine Folge davon, dass einige multinationale Konzerne der IT-Industrie hier ihren Sitz angemeldet haben (ebd., S. 14).

Die westeuropäische Bilanz ist 2022 heterogen: Stärker wachsen konnten Österreich (5,0%) und die Niederlande (4,5%). In Deutschland (1,8%) schlugen die hohen Energiekosten zu Buche, Frankreich wuchs moderat (2,6%). In Osteuropa litt Estland (-1,3%) unter den hohen Energiepreisen und unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen zu Russland. Die größeren Länder Polen (5,1%) und Rumänien (4,7%) wuchsen dagegen stärker.

Zum Ende des Jahres 2022 belastete der inflationsbedingte Rückgang der Kaufkraft die Konsumnachfrage in den meisten EU-Ländern so stark, dass die Wirtschaft zeitweise schrumpfte. Auch Deutschland verzeichnete im 4. Quartal 2022 (-0,5%) und im 1. Quartal 2023 (-0,3%) einen leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung. Da die Wirtschaft damit in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen zurückgegangen ist, befand sie sich in einer „technischen Rezession“ (Statistisches Bundesamt

**Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, 2020 – 2023***
Angaben in Prozent

| | Bruttoinlandsprodukt | | | | Arbeitslosigkeit | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
| **Nordeuropa** | | | | | | | | |
| Dänemark | -2,0 | 4,9 | 3,8 | 0,3 | 5,6 | 5,1 | 4,5 | 5,0 |
| Finnland | -2,4 | 3,0 | 2,1 | 0,2 | 7,7 | 7,7 | 6,8 | 7,1 |
| Schweden | -2,2 | 5,4 | 2,6 | -0,5 | 8,5 | 8,8 | 7,5 | 7,7 |
| **Westeuropa** | | | | | | | | |
| Belgien | -5,4 | 6,3 | 3,2 | 1,2 | 5,8 | 6,3 | 5,6 | 5,8 |
| Deutschland | -3,7 | 2,6 | 1,8 | 0,2 | 3,7 | 3,7 | 3,1 | 3,2 |
| Frankreich | -7,8 | 6,8 | 2,6 | 0,7 | 8,0 | 7,9 | 7,3 | 7,4 |
| Irland | 6,2 | 13,6 | 12,0 | 5,5 | 5,9 | 6,2 | 4,5 | 4,3 |
| Luxemburg | -0,8 | 5,1 | 1,5 | 1,6 | 6,8 | 5,3 | 4,6 | 4,8 |
| Niederlande | -3,9 | 4,9 | 4,5 | 1,8 | 4,9 | 4,2 | 3,5 | 3,8 |
| Österreich | -6,5 | 4,6 | 5,0 | 0,4 | 6,0 | 6,2 | 4,8 | 4,9 |
| **Südeuropa** | | | | | | | | |
| Griechenland | -9,0 | 8,4 | 5,9 | 2,4 | 17,6 | 14,7 | 12,5 | 12,2 |
| Italien | -9,0 | 7,0 | 3,7 | 1,2 | 9,3 | 9,5 | 8,1 | 7,8 |
| Malta | -8,6 | 11,8 | 6,9 | 3,9 | 4,4 | 3,4 | 2,9 | 2,9 |
| Portugal | -8,3 | 5,5 | 6,7 | 2,4 | 7,0 | 6,6 | 6,0 | 6,5 |
| Spanien | -11,3 | 5,5 | 5,5 | 1,9 | 15,5 | 14,8 | 12,9 | 12,7 |
| Zypern | -4,4 | 6,6 | 5,6 | 2,3 | 7,6 | 7,5 | 6,8 | 6,9 |
| **Osteuropa** | | | | | | | | |
| Bulgarien | -4,0 | 7,6 | 3,4 | 1,5 | 6,1 | 5,3 | 4,3 | 4,3 |
| Estland | -0,6 | 8,0 | -1,3 | -0,4 | 6,9 | 6,2 | 5,6 | 6,2 |
| Kroatien | -8,5 | 13,1 | 6,2 | 1,6 | 7,5 | 7,6 | 7,0 | 6,6 |
| Lettland | -2,3 | 4,3 | 2,8 | 1,4 | 8,1 | 7,6 | 6,9 | 6,8 |
| Litauen | 0,0 | 6,0 | 1,9 | 0,5 | 8,5 | 7,1 | 6,0 | 6,6 |
| Polen | -2,0 | 6,9 | 5,1 | 0,7 | 3,2 | 3,4 | 2,9 | 3,3 |
| Rumänien | -3,7 | 5,8 | 4,7 | 3,2 | 6,1 | 5,6 | 5,6 | 5,4 |
| Slowakei | -3,3 | 4,9 | 1,7 | 1,7 | 6,7 | 6,8 | 6,1 | 5,8 |
| Slowenien | -4,3 | 8,2 | 5,4 | 1,2 | 5,0 | 4,8 | 4,0 | 3,9 |
| Tschechien | -5,5 | 3,6 | 2,5 | 0,2 | 2,6 | 2,8 | 2,2 | 2,8 |
| Ungarn | -4,5 | 7,2 | 4,6 | 0,5 | 4,1 | 4,1 | 3,6 | 4,2 |
| **EU-27** | **-5,6** | **5,4** | **3,5** | **1,0** | **7,2** | **7,1** | **6,2** | **6,2** |

**Anmerkungen:**
**Bruttoinlandsprodukt** = Veränderung des BIP in % gegenüber dem Vorjahr (real).
**Arbeitslosenquote** = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition).

* Angaben für 2023: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2023).

WSI

2023a). Auch die Straffung der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank (EZB) dämpft derzeit die Wirtschaftsentwicklung. Als Reaktion auf die Inflationsdynamik hatte diese den Leitzins seit Juli 2022 in kontinuierlichen Schritten auf 4,0% (Stand: Juni 2023) angehoben (EZB 2023; Dullien et al. 2023). Zwar nennt die Europäische Kommission den Start in das Jahr 2023 „besser als erwartet" (Europäische Kommission 2023a, S. 2). Über das Jahr betrachtet prognostiziert sie eine weitgehende Stagnation (1,0%) statt – wie noch im Herbst vorausgesagt – eine Rezession (Europäische Kommission 2022b). Irland bleibt das einzige Land, das 2023 weiter mit einem stärkeren Wachstum (5,5%) rechnen kann. Die meisten Industrienationen dürften über das Jahr betrachtet haarscharf an einem Rückgang der Wirtschaftsleistung vorbeischrammen, darunter Deutschland (0,2%) und Frankreich (0,7%). Für Schweden (-0,5%) und Estland (-0,4) wird ein BIP-Rückgang vorhergesagt. Ein insgesamt positiveres Bild zeichnet die Kommission für Südeuropa, wo in Spanien (1,9%), Griechenland (2,4%) oder Portugal (2,4%) die Wirtschaftsleistung moderat zulegt (Tabelle 1).

## 2.2 Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Trotz der seit vier Jahren persistenten Krisendynamik bleibt der Arbeitsmarkt das stabile Rückgrat der Wirtschaftsentwicklung. Im Februar 2023 erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU-27 mit 6,0% einen neuen Tiefstand, während die Zahlen 2022 für Länder wie Deutschland (3,1%), Tschechien (2,2%), Polen (2,9%), die Niederlande (3,5%) oder Ungarn (3,6%) nahe der Vollbeschäftigung liegen (Tabelle 1). Griechenland (12,5%) und Spanien (12,9%) leiden hingegen noch immer unter einem Hysterese-Effekt der Eurokrise und weisen innerhalb der EU nach wie vor die höchsten Arbeitslosenquoten auf. Selbst hier ist die Arbeitslosigkeit durch die Krisenjahre hindurch jedoch gesunken. Für das laufende Jahr prognostiziert die Kommission einen weiteren, leichten Rückgang.

Während der Corona-Pandemie sicherten Instrumente wie die Kurzarbeit Beschäftigung und damit die soziale Stabilität und Konsumnachfrage ab. Auch 2022 gab es in der Industrie kaum Stellenabbau, obwohl weiterhin Rückstände in der Produktion und hohe Energiepreise den Sektor belasteten. Der Dienstleistungssektor und die Bauindustrie verzeichneten weiter Beschäftigungswachstum (Europäische Kommission 2023a, S. 36). Bremsend wirkt eine zunehmende Arbeitskräfteknappheit. So übersteigt die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften schon heute in vielen Berufen und EU-Ländern das Angebot (Eures 2023). Auch für Deutschland gilt dieser Befund: So gaben in einer Umfrage des WSI mehr als die Hälfte (56%) der Betriebs- und Personalräte an, ihre Unternehmen hätten Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen (Ahlers/Villalobos 2022). Der seit 2018 veröffentlichte Arbeitskräfteknappheits-Index des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stieg im Frühjahr 2023 auf einen neuen Höchstwert (IAB 2023).

## 2.3 Produktivitätsentwicklung, BIP-Deflator und Verteilungsspielraum

Aus Sicht der Beschäftigten und Gewerkschaften sind Engpässe am Arbeitsmarkt eine günstige Voraussetzung, um gegenüber den Arbeitgebern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen (Fuest/Jäger 2023). Neben der Lage am Arbeitsmarkt orientiert sich die Tarifpolitik traditionell auch am Verteilungsspielraum, der sich aus der Produktivitäts- und Preisentwicklung ableiten lässt (Lübker/Schulten 2017, S. 422). Er gibt den Rahmen für Lohnsteigerungen an, bei denen die funktionale Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital unverändert bleibt.

Wie bereits im Vorjahr prognostiziert, wuchs die Arbeitsproduktivität im Jahr 2022 trotz der ineinander übergehenden Krisen in der EU um 1,5% (Tabelle 2). Für das laufende Jahr wird im Einklang mit der schwachen BIP-Entwicklung bei gleichzeitigem Beschäftigungsaufbau noch mit einem leichten Anstieg der Arbeitsproduktivität um 0,5% gerechnet (Europäische Kommission 2023a, S. 39). Beides liegt in der Nähe des Wertes von 1%, der u. a. von der EZB als das langfristige Trendwachstum der Arbeitsproduktivität in entwickelten Volkswirtschaften angesetzt wird (Lopez-Garcia/Szörfi 2021, S. 93f.). Nach dem Einbruch der Arbeitsproduktivität im Pandemiejahr 2020 (-4,3%) und der darauffolgenden Erholung im Jahr 2021 (3,9%) zeichnet sich derzeit also wieder eine Normalisierung der Entwicklung ab (vgl. Lübker/Janssen 2022, S. 317).

Im Gegensatz dazu liegt die Preisentwicklung aktuell weit oberhalb der historischen Norm. Dies zeigt sich sowohl an der Entwicklung der Verbraucherpreise, die in Tabelle 3 auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) dargestellt wird, als auch anhand des BIP-Deflators (Tabelle 2). Die beiden Preisindizes entsprechen zwei verschiedenen, sich ergänzenden Perspektiven: Aus Sicht der Beschäftigten ist die Kaufkraft der Löhne entscheidend (Lübker/Schulten 2018, S. 402ff.). Zur Berechnung der Reallohnentwicklung wird in Abschnitt 4 deshalb der HVPI verwendet, der maßgeblich auch von der Teuerung importierter Energieträger getrieben wurde (Statistisches Bundesamt 2023b). Aus verteilungspolitischer Sicht ist jedoch die inländische Wertschöpfung maßgeblich, da nur der im Zuge des heimischen Produktionsprozesses geschaffene Mehrwert zwischen Arbeit und Kapital verteilt werden kann. Die Preisentwicklung der inländischen Wertschöpfung lässt sich aus der Differenz zwischen realem und nominalem BIP-Wachstum ableiten und in Form des BIP-Deflators messen.

**Arbeitsproduktivität, Preisentwickung der inländischen Wertschöpfung und Verteilungsspielraum in der Europäischen Union, 2020 – 2023***

Angaben in Prozent

| | Arbeitsproduktivität | | | | BIP-Deflator | | | | Verteilungsspielraum | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
| **Nordeuropa** | | | | | | | | | | | | |
| Dänemark | -0,9 | 2,3 | 0,0 | 0,7 | 2,6 | 2,8 | 7,6 | 0,2 | 1,7 | 5,2 | 7,6 | 0,9 |
| Finnland | -0,5 | 0,3 | -0,4 | 0,4 | 1,6 | 2,2 | 4,2 | 4,4 | 1,2 | 2,5 | 3,9 | 4,7 |
| Schweden | -0,8 | 4,1 | -0,1 | -0,7 | 2,0 | 2,9 | 5,7 | 5,7 | 1,1 | 7,1 | 5,6 | 4,9 |
| **Westeuropa** | | | | | | | | | | | | |
| Belgien | -5,4 | 4,4 | 1,2 | 0,6 | 1,5 | 2,8 | 5,9 | 3,8 | -4,0 | 7,3 | 7,2 | 4,5 |
| Deutschland | -2,9 | 2,5 | 0,5 | -0,4 | 1,8 | 3,1 | 5,5 | 6,1 | -1,2 | 5,6 | 6,0 | 5,7 |
| Frankreich | -7,1 | 4,2 | 0,2 | 0,4 | 2,8 | 1,3 | 3,0 | 5,4 | -4,6 | 5,6 | 3,2 | 5,8 |
| Irland | 9,3 | 7,1 | 5,0 | 3,0 | -1,6 | 0,7 | 5,3 | 4,6 | 7,6 | 7,8 | 10,6 | 7,8 |
| Luxemburg | -2,5 | 2,1 | -1,9 | -0,8 | 4,7 | 6,2 | 6,4 | 5,5 | 2,1 | 8,4 | 4,4 | 4,7 |
| Niederlande | -3,4 | 2,8 | 0,5 | 0,8 | 1,9 | 2,4 | 5,3 | 6,1 | -1,5 | 5,3 | 5,8 | 7,0 |
| Österreich | -4,9 | 2,5 | 2,3 | -0,2 | 2,6 | 1,9 | 5,0 | 7,2 | -2,5 | 4,5 | 7,4 | 7,0 |
| **Südeuropa** | | | | | | | | | | | | |
| Griechenland | -7,3 | 5,6 | 2,0 | 1,6 | -0,9 | 1,3 | 8,1 | 4,7 | -8,1 | 6,9 | 10,3 | 6,4 |
| Italien | -7,0 | 6,3 | 1,9 | 0,7 | 1,6 | 0,6 | 3,0 | 5,9 | -5,5 | 7,0 | 5,0 | 6,7 |
| Malta | -11,1 | 8,6 | 0,8 | 1,6 | 1,6 | 1,9 | 5,2 | 4,2 | -9,7 | 10,7 | 6,0 | 5,9 |
| Portugal | -6,6 | 3,5 | 4,6 | 1,9 | 2,0 | 1,5 | 4,4 | 5,8 | -4,8 | 5,1 | 9,2 | 7,8 |
| Spanien | -7,5 | 3,0 | 2,6 | 1,1 | 1,2 | 2,3 | 4,3 | 4,4 | -6,3 | 5,4 | 7,0 | 5,6 |
| Zypern | -3,2 | 5,3 | 2,7 | 0,6 | -1,2 | 2,9 | 6,4 | 5,0 | -4,4 | 8,3 | 9,3 | 5,7 |
| **Osteuropa** | | | | | | | | | | | | |
| Bulgarien | -1,7 | 7,4 | 2,1 | 1,2 | 4,3 | 7,1 | 15,1 | 10,4 | 2,5 | 15,1 | 17,5 | 11,8 |
| Estland | 2,2 | 7,9 | -5,6 | -0,6 | -0,5 | 6,0 | 16,6 | 10,3 | 1,7 | 14,3 | 10,0 | 9,6 |
| Kroatien | -7,4 | 11,8 | 3,8 | 0,6 | 0,7 | 2,0 | 8,2 | 7,5 | -6,7 | 14,0 | 12,3 | 8,1 |
| Lettland | 0,0 | 7,0 | 0,0 | 1,3 | 1,0 | 6,5 | 13,1 | 8,9 | 1,0 | 14,0 | 13,1 | 10,3 |
| Litauen | 1,6 | 4,7 | -3,0 | 1,2 | 1,9 | 6,3 | 16,8 | 10,4 | 3,5 | 11,4 | 13,3 | 11,7 |
| Polen | -2,0 | 4,3 | 4,7 | 0,6 | 4,3 | 5,3 | 11,3 | 11,8 | 2,2 | 9,8 | 16,5 | 12,4 |
| Rumänien | -1,7 | 3,9 | 4,6 | 3,5 | 4,1 | 5,2 | 13,4 | 10,7 | 2,4 | 9,3 | 18,6 | 14,5 |
| Slowakei | -1,5 | 5,5 | -0,1 | 1,2 | 2,4 | 2,4 | 7,5 | 9,8 | 0,9 | 8,0 | 7,4 | 11,1 |
| Slowenien | -3,7 | 6,8 | 2,9 | 0,5 | 1,3 | 2,6 | 7,2 | 7,3 | -2,5 | 9,6 | 10,3 | 7,9 |
| Tschechien | -3,9 | 3,2 | 0,7 | -0,5 | 4,3 | 3,3 | 8,6 | 11,3 | 0,3 | 6,6 | 9,3 | 10,8 |
| Ungarn | -3,5 | 6,0 | 2,8 | 0,5 | 6,4 | 6,4 | 15,3 | 13,0 | 2,7 | 12,8 | 18,5 | 13,6 |
| **EU-27** | **-4,3** | **3,9** | **1,5** | **0,5** | **2,0** | **2,4** | **5,4** | **6,1** | **-2,3** | **6,4** | **7,0** | **6,7** |

**Anmerkungen:**
Alle Angaben beruhen auf dem Personenkonzept (nicht auf Vollzeitäquivalenten). Dadurch ergeben sich für Frankreich, die Niederlande, Italien, Spanien sowie die EU-27 Abweichungen zu den Veröffentlichungen der Europäischen Kommission (2023).

**Arbeitsproduktivität** = Reales BIP pro Erwerbstätigem, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (Personenkonzept, nicht arbeitszeitbereinigt).
**BIP-Deflator** = aus dem Unterschied zwischen nominaler und realer Entwicklung des BIPs abgeleiteter Preisindex.
**Verteilungsspielraum** = Produkt aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung (basierend auf dem BIP-Deflator).

* Angaben für 2023: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2023), Berechnungen des WSI.

Während sich HVPI und BIP-Deflator häufig über längere Zeit parallel zueinander bewegen, ist dies nicht zwangsläufig der Fall. Dies gilt insbesondere dann, wenn – wie aktuell – externe Kostenschocks auf eine Volkswirtschaft wirken (vgl. Lübker/Janssen 2022. S. 323). Vor diesem Hintergrund wurde im Europäischen Tarifbericht bereits für die Jahre 2021/2022 der BIP-Deflator für die Berechnung des Verteilungsspielraumes herangezogen. Dies entspricht dem Zweck des Indikators, den Spielraum für verteilungspolitisch neutrale Lohnerhöhungen aufzuzeigen. Anders ausgedrückt: Wenn die Wachstumsrate der Nominallöhne genau mit dem so berechneten Verteilungsspielraum übereinstimmt, bleibt die funktionale Einkommensverteilung und damit die Lohnquote konstant. Da sich der BIP-Deflator nur auf die inländische Wertschöpfung bezieht, misst er die tatsächliche Zahlungsfähigkeit der Unternehmen auch unter den veränderten Umständen (inkl. der steigenden Kosten für importierte Rohstoffe und Vorleistungen).

Für die Europäische Union weist **Tabelle 2** einen Verteilungsspielraum von 7,0% im Jahr 2022 aus und auch im laufenden Jahr dürfte der Wert in einer ähnlichen Größenordnung liegen (6,7%). Für Deutschland liegt er mit 6,0% im Jahr 2022 und einer Prognose von 5,7% für das Jahr 2023 etwas unter dem EU-Durchschnitt. Die Berechnungen verdeutlichen, dass recht deutliche Lohnsteigerungen möglich sind, um den Einkommensverlusten der Beschäftigten entgegenzuwirken, ohne dadurch die Gewinnmargen der Unternehmen zu senken.[1] Gleichzeitig ist zu bedenken, dass der hohe rechnerische Verteilungsspielraum ganz wesentlich von den hohen BIP-Deflatoren getragen wird. Dies gilt insbesondere für die drei baltischen Staaten, in denen die Arbeitsproduktivität im vergangenen Jahr rückläufig war oder stagnierte, sowie Bulgarien und Ungarn.

# 3 DIE ENTWICKLUNG DER TARIFLÖHNE

## 3.1 Der EZB-Tariflohnindikator

Mit dem Tariflohnindikator verfolgt die EZB das Ziel, den potenziellen Einfluss von Arbeitskosten auf künftige Preissteigerungen einzuschätzen, indem sie die Ergebnisse von Tarifverhandlungen zeitnah erfasst. Die Daten sind weder saison- noch werktagsbereinigt und werden für zwölf Euro-Länder erhoben, die rund 98% der Wirtschaftskraft des Euro-Raumes abbilden (Kanutin 2015). Im zweiten Jahr der Pandemie 2021 waren die Tariflöhne nominal nur noch um 1,5% gewachsen, und damit am unteren Rand der Spannweite der Vorjahre. Da gleichzeitig die Teuerungswelle einsetzte, ergibt sich für 2021 ein Reallohnverlust von 1,1%. Das Jahr 2022 brachte zwar eine moderate nominale Steigerung der Tariflöhne von 2,8%. Dies reichte aufgrund des vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelösten Energiepreisschocks jedoch bei weitem nicht aus, um für einen Inflationsausgleich zu sorgen. Deshalb fielen die Tariflöhne im vergangenen Jahr preisbereinigt um 5,2%, was für die Beschäftigten einen seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2000 nicht dagewesenen Verlust an Kaufkraft bedeutet (**Abbildung 1**).

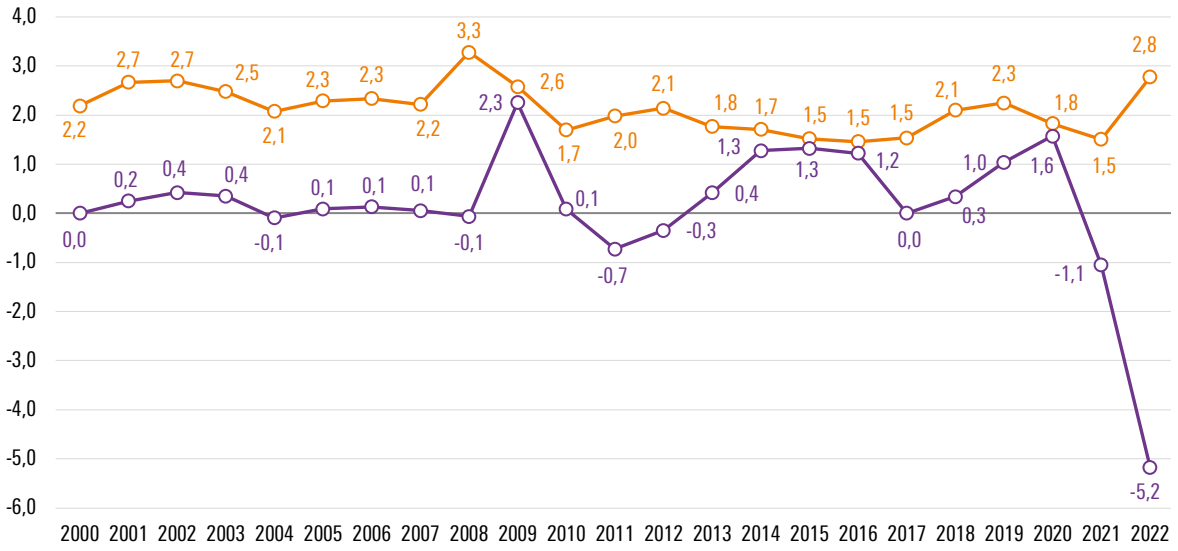
Die vierteljährlichen Daten zeigen, wie sich die Tarifpolitik am fortlaufenden Krisengeschehen orientiert (**Abbildung 2**). Noch bis ins 4. Quartal 2021 blieben die nominalen Tariflohnsteigerungen deutlich unter 2% und zogen dann erst mit der steigenden Inflation im Jahr 2022 an. Bemerkenswert ist jedoch, dass das nominale Tariflohnwachstum mit Höchstwerten von jeweils 2,9% auch im 3. und 4. Quartal 2022 unterhalb der 3%-Marke bleibt. Diese gilt der EZB als Richtwert für eine stabilitätsorientierte Lohnpolitik und ergibt sich aus dem langfristigen Trendwachstum der Produktivität von 1% pro Jahr und dem Inflationsziel der EZB von 2% (Lane 2023). Damit gingen von der Tarifpolitik keine inflationsbeschleunigenden Impulse aus.

Größere Steigerungen zeigen sich dagegen bei den tatsächlich gezahlten Stundenlöhnen, den Effektivverdiensten, die ebenfalls von der EZB erhoben werden. Die ungewöhnlichen Schwankungen der Jahre 2020 und 2021 können dabei in erster Linie auf Kompositionseffekte und pandemiebedingte Verzerrungen zurückgeführt werden (Lübker/Janssen 2022, S. 319f.; Bodnár et al. 2022, S. 139ff.). Diese Effekte liefen im Laufe des Jahres 2022 aus, sodass die wachsende Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivverdiensten am aktuellen Rand wieder im Sinne einer Lohndrift interpretiert werden kann. So erwartet beispielsweise für Deutschland die Bundesbank eine deutlich positive Lohndrift für die Jahre 2023 und 2024 und prognostiziert auf dieser Grundlage ein Wachstum

1 Dabei muss wie schon zuletzt an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass jegliche Prognose großen Unsicherheiten unterliegt, zu der u. a. die Entwicklung der Kerninflation (ohne Energiepreise), Finanzmarktentwicklungen, fiskalpolitische Entscheidungen sowie externe Entwicklungen wie der russische Krieg gegen die Ukraine beitragen (Europäische Kommission 2023a, S. 5).

**Abbildung 1**

**Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone, 2000 – 2022**
Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



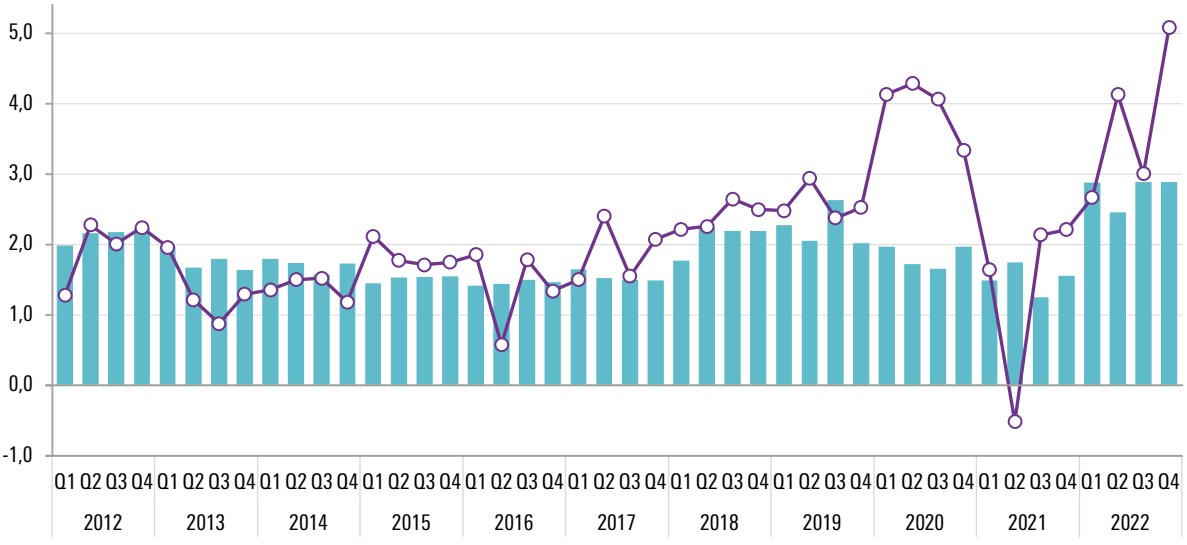

Anmerkung: Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Europäische Zentralbank (Tariflöhne) und AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2023), Berechnungen des WSI.

WSI

**Abbildung 2**

**Entwicklung der Tarif- und Effektivlöhne in der Euro-Zone, 2012 – 2022**
Veränderungen zum Vorjahresquartal in Prozent




**Anmerkungen:**
Effektivlöhne beziehen sich auf NACE Rev. 2 Abschnitte B bis S (d.h. Gesamtwirtschaft ohne Landwirtschaft, ohne private Haushalte als Arbeitgeber und ohne exterritoriale Organisationen) ohne Berücksichtigung der Lohnnebenkosten. Die Daten sind kalenderbereinigt, aber nicht saisonbereinigt.

Quelle: Europäische Zentralbank, Berechnungen des WSI.

WSI

der Effektivlöhne um etwa 5% (Deutsche Bundesbank 2022, S. 33).

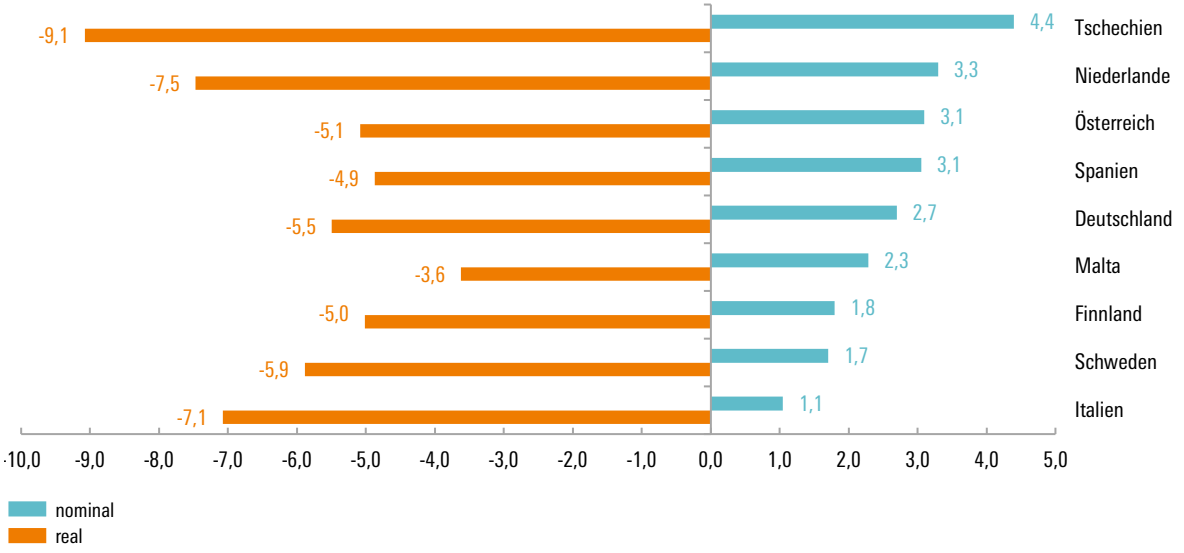
Mit ihrem experimentellen, auf die Zukunft gerichteten Lohntracker prognostiziert die EZB die künftige Entwicklung der Tariflöhne. Der Indikator beruht auf Daten aus den Euro-Ländern Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, den Niederlanden, Griechenland und Österreich, die nach der Zahl der Beschäftigten gewichtet werden. Solch eine Prognose ist möglich, weil viele Tarifverträge Stufenerhöhungen enthalten, die während der Laufzeit des Tarifvertrages erst nach und nach in Kraft treten (s. a. Schulten/WSI-Tarifarchiv 2023). Demnach sahen die im Jahr 2022 abgeschlossenen Tarifverträge Lohnsteigerungen von 4,4% im Jahr 2022 sowie weitere Anhebungen um 4,8% vor, die im Laufe des Jahres 2023 wirksam werden. Hier zeigt sich die zeitverzögerte Reaktion der Tarifpolitik auf die inflationsbedingt sinkenden Reallöhne. Wenngleich die experimentellen Daten einen Trend skizzieren, erfassen sie nur einen Ausschnitt des Tarifgeschehens und können die zukünftige Entwicklung nicht vollständig abbilden (Lane 2023).

## 3.2 Die Tariflohnentwicklung in ausgewählten EU-Staaten

Ergänzend zu den Daten der EZB stellt die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) in der EurWORK-Datenbank umfassende Daten zu Tarifabschlüssen in der EU-27 zur Verfügung (**Abbildung 3**). Für das Jahr 2022[2] zeigt sich eine gewisse Spreizung bei nominalen Tariflohnsteigerungen von 1,1% in Italien bis 4,4% in Tschechien, während Deutschland (2,7%) im Mittelfeld liegt. Für Deutschland liegen zudem auch schon Daten des Statistischen Bundesamtes (2023c) vor, nach denen die Tarifverdienste auch im 1. Quartal 2023 nur um 2,3% gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen sind. Für Frankreich, die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU, lagen bei Redaktionsschluss noch keine Eurofound-Daten für das Jahr 2022 vor. Laut Französischer Nationalbank wuchsen die nominalen Tariflöhne um rund 5%. In über 150 Branchen sorgten an die Inflationsentwicklung oder den indexierten Mindestlohn gekoppelte Überprüfungsklauseln in Tarifverträgen dafür, dass diese 2022 (teilweise

**Abbildung 3**

**Entwicklung der Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2022***
Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



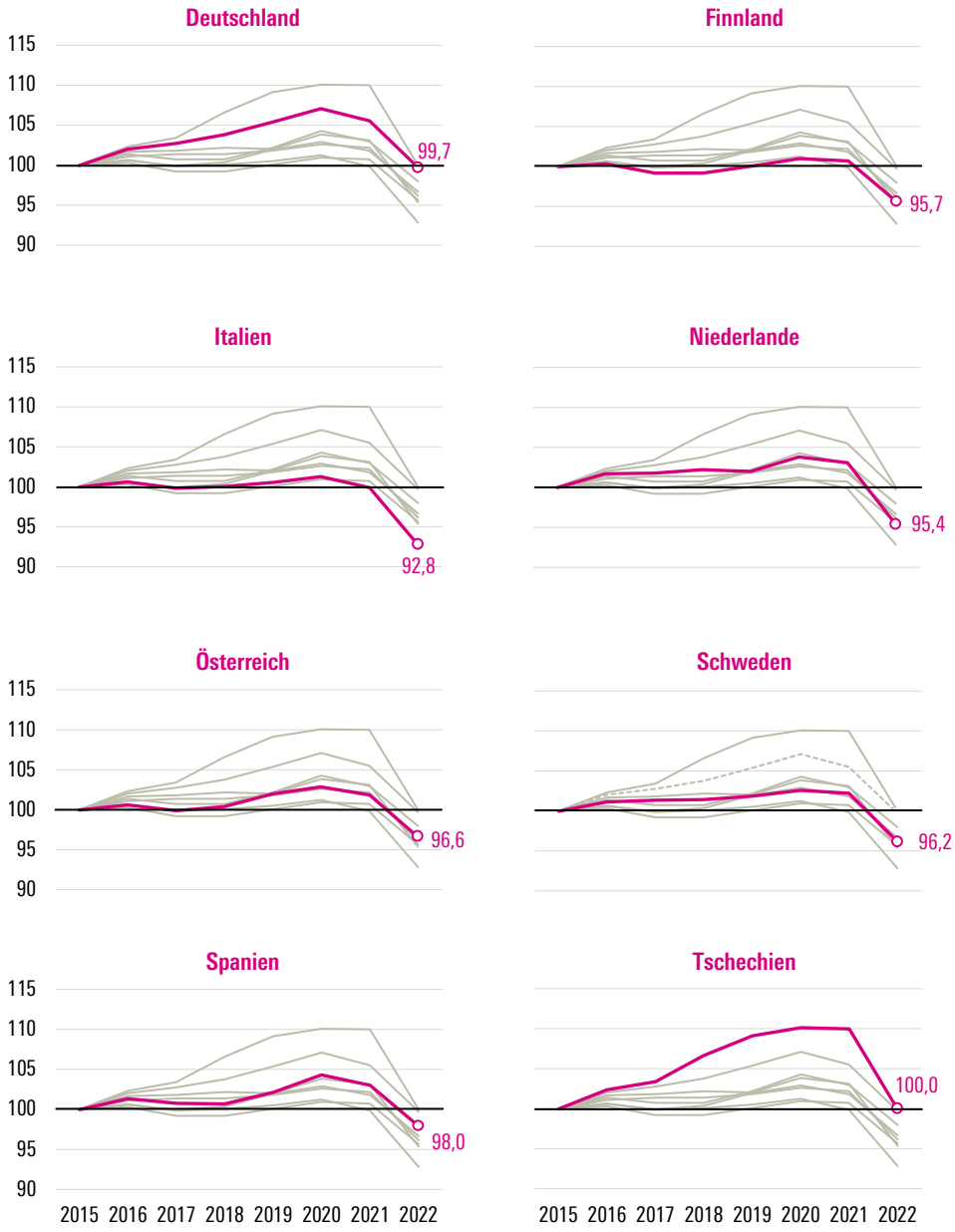

* Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Daten teilweise noch vorläufig.

Quelle: Eurofound (2023), EurWORK's database on wages, working time and collective disputes; AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2023); Berechnungen des WSI.

WSI

2 Für das Jahr 2022 hat Eurofound freundlicherweise vorab Daten zur Tariflohnentwicklung zur Verfügung gestellt, die bei Redaktionsschluss bereits verfügbar waren.

**Entwicklung der realen Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2015 – 2022***
Index, 2015 = 100




* Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Daten teilweise noch vorläufig.

Quelle: Eurofound (2023), EurWORK's database on wages, working time and collective disputes;
AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2023); Berechnungen des WSI.

zweimal) neu verhandelt wurden und es zu höheren Abschlüssen kam (s. a. Lübker/Schulten 2023, S. 115ff.). Dennoch ist nach Einschätzung der Französischen Nationalbank von den hohen Abschlüssen 2022 kein Impuls in Richtung einer Lohn-Preis-Spirale ausgegangen (Gautier 2023).

Für keines der hier betrachteten Euro-Länder ging damit von der Tarifpolitik ein inflationstreibender Effekt aus. Die moderaten Tariflohnsteigerungen bedeuten jedoch zugleich, dass die Kaufkraft der Tariflöhne in allen ausgewählten Ländern deutlich zurückgeht. Trotz der höheren nominalen Abschlüsse müssen die Tarifbeschäftigten in Tschechien (-9,1%) und den Niederlanden (-7,5%) zusammen mit Italien (-7,1%) die höchsten realen Verluste hinnehmen. In Deutschland ergibt sich für 2022 ein Rückgang der Tariflöhne um 5,5%, wenn für die Preisbereinigung – wie durchgängig im Europäischen Tarifbericht – der HVPI genutzt wird. Wird stattdessen der nationale Verbraucherpreisindex verwendet, fällt der reale Verlust mit 4,7% geringfügig kleiner aus (WSI-Tarifarchiv 2022). In Frankreich (nicht tabellarisch ausgewiesen) sind die realen Verluste von 0,8% vergleichsweise gering.

Die langfristige Betrachtung verdeutlicht, dass der jüngste Preisauftrieb die realen Tariflohnsteigerungen der vergangenen Jahre vollständig aufgezehrt hat: Wuchsen die realen Tariflöhne seit 2015 in den meisten Ländern moderat, aber stetig, kommt es mit dem Anziehen der Inflation 2021 zur Trendwende und 2022 zum Absturz: In allen betrachteten Ländern fallen die tariflichen Reallöhne 2022 unter das Niveau von vor sieben Jahren zurück, in einigen liegen sie sogar vier oder mehr Prozentpunkte darunter (**Abbildung 4**).

# 4 DIE ENTWICKLUNG DER EFFEKTIVLÖHNE

## 4.1 Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen

Neben den Tariflöhnen beeinflussen zahlreiche weitere Faktoren die Entwicklung der tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter, also der Effektivlöhne. Diese werden im Europäischen Tarifbericht als Arbeitnehmerentgelte approximiert, d. h. einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Auf Grundlage der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission weist **Tabelle 3** zunächst die Entwicklung der Nominallöhne aus. Diese werden mithilfe des Harmonisierten Verbraucherpreisindexes (HVPI) preisbereinigt, sodass in den letzten Spalten die Entwicklung der Reallöhne abgetragen wird.

Während die Nominallöhne in der Europäischen Union im Pandemiejahr 2020 stagnierten, ist 2021 eine deutliche Erholung (4,0%) zu verzeichnen (Lübker/Janssen 2022, S. 321). Im Jahr 2022 stiegen die Nominallöhne um 4,8%, getrieben von den überdurchschnittlich starken Zuwächsen in einigen osteuropäischen Ländern, darunter Bulgarien (18,4%), Estland (8,3%), Polen (13,2%), Lettland (9,0%), Litauen (10,6%), Rumänien (11,1%) und Ungarn (15,0%). Die Lohnentwicklung in den großen Volkswirtschaften Deutschland (4,2%), Frankreich (5,0%) und Italien (4,8%) bewegte sich um den Durchschnitt.

Für das laufende Jahr zeichnet sich in der Prognose der Europäischen Kommission eine Fortsetzung dieses Trends ab, wobei die Nominallöhne insbesondere in vielen osteuropäischen Ländern deutlich stärker wachsen dürften als im Durchschnitt der Europäischen Union (5,9%). So wird für die drei baltischen Länder im Jahr 2023 jeweils ein Wachstum der Nominallöhne von mehr als 10% erwartet. Da dieses nicht durch entsprechende Produktivitätsgewinne unterlegt ist, gibt es nach Einschätzung des IMK die Gefahr, dass die Lohnstückkosten innerhalb der Währungsunion auseinanderlaufen. Dadurch könnten sich neue Ungleichgewichte aufbauen, wie sie zur Entstehung der Eurokrise vor gut einem Jahrzehnt beigetragen haben (Herzog-Stein/Stein 2023).

Der Blick auf die Reallöhne zeigt – ähnlich wie bei der Tariflohnentwicklung – ein gänzlich anderes Bild. Diese sind von der seit der zweiten Hälfte des Jahres 2021 ansteigenden Teuerungswelle bestimmt. Schon im Vorjahr warnte der Europäische Tarifbericht deshalb für das Jahr 2022 vor einem möglichen Kaufkraftverlust von 2,9% im Durchschnitt der Europäischen Union. Der vorliegende Bericht muss den Wert nun nach unten korrigieren: Die Reallöhne sanken im Jahr 2022 mit einem Minus von 4,0% noch einmal deutlich stärker als prognostiziert. So mussten die Beschäftigten fast aller EU-Länder hohe reale Verluste verkraften: In Estland (-9,3%), Lettland (-7,1%), Litauen (-7,0%) und Tschechien (-8,1%), aber auch in den Niederlanden (-7,0%) oder Griechenland (-8,2%) war der Kaufkraftverlust besonders ausgeprägt. In Deutschland lagen die Reallohneinbußen bei 4,1%. Einzig im Niedriglohnland Bulgarien (4,7%) wurden reale Lohnzuwächse verbucht; in Polen (0,0%) wurden Kaufkraftverluste nur knapp vermieden.

Für das Jahr 2023 zeichnen sich in vielen Ländern weitere Verluste ab – darunter Schweden (-1,8%), Italien (-2,1%) oder Tschechien (-4,1%) –, während die Reallöhne in den meisten Ländern voraussichtlich stagnieren werden. Auch für Deutschland prognostiziert die Europäische Kommission einen weiteren Reallohnverlust von 1,3%. Dies könnte sich jedoch als zu optimistisch erweisen, da die Reallöhne im 1. Quartal 2023 nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts (2023d) bereits um 2,7% unter dem Vorjahreswert lagen. Nur

**Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen in der Europäischen Union, 2020 – 2023***
Angaben in Prozent

| | Nominallöhne | | | | Verbraucherpreise (HVPI) | | | | Reallöhne | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
| **Nordeuropa** | | | | | | | | | | | | |
| Dänemark | 2,6 | 2,9 | 2,9 | 4,9 | 0,3 | 1,9 | 8,5 | 4,3 | 2,2 | 1,0 | -5,2 | 0,6 |
| Finnland | 0,4 | 3,6 | 3,2 | 4,5 | 0,4 | 2,1 | 7,2 | 4,8 | 0,0 | 1,5 | -3,7 | -0,3 |
| Schweden | 2,5 | 4,3 | 2,8 | 4,0 | 0,7 | 2,7 | 8,1 | 6,0 | 1,8 | 1,6 | -4,8 | -1,8 |
| **Westeuropa** | | | | | | | | | | | | |
| Belgien | -1,6 | 4,1 | 7,2 | 9,0 | 0,4 | 3,2 | 10,3 | 3,4 | -2,0 | 0,9 | -2,8 | 5,4 |
| Deutschland | 0,4 | 3,1 | 4,2 | 5,5 | 0,4 | 3,2 | 8,7 | 6,8 | 0,0 | -0,1 | -4,1 | -1,3 |
| Frankreich | -2,7 | 4,7 | 5,0 | 5,4 | 0,5 | 2,1 | 5,9 | 5,5 | -3,2 | 2,6 | -0,8 | -0,1 |
| Irland | 3,7 | 2,6 | 4,2 | 5,6 | -0,5 | 2,4 | 8,1 | 4,6 | 4,2 | 0,2 | -3,6 | 0,9 |
| Luxemburg | 1,2 | 6,0 | 5,4 | 6,9 | 0,0 | 3,5 | 8,2 | 3,2 | 1,2 | 2,5 | -2,6 | 3,6 |
| Niederlande | 4,8 | 2,2 | 3,9 | 5,5 | 1,1 | 2,8 | 11,6 | 4,9 | 3,7 | -0,6 | -7,0 | 0,6 |
| Österreich | 1,8 | 2,8 | 4,6 | 8,3 | 1,4 | 2,8 | 8,6 | 7,1 | 0,4 | 0,0 | -3,7 | 1,1 |
| **Südeuropa** | | | | | | | | | | | | |
| Griechenland | -0,6 | 2,3 | 0,3 | 3,6 | -1,3 | 0,6 | 9,3 | 4,2 | 0,6 | 1,8 | -8,2 | -0,6 |
| Italien | -4,1 | 5,9 | 4,8 | 3,9 | -0,1 | 1,9 | 8,7 | 6,1 | -3,9 | 3,9 | -3,6 | -2,1 |
| Malta | -0,4 | 4,6 | 2,8 | 5,6 | 0,8 | 0,7 | 6,1 | 5,4 | -1,2 | 3,9 | -3,1 | 0,2 |
| Portugal | 1,5 | 4,1 | 6,1 | 5,7 | -0,1 | 0,9 | 8,1 | 5,1 | 1,6 | 3,1 | -1,9 | 0,6 |
| Spanien | 0,5 | 2,7 | 3,2 | 4,9 | -0,3 | 3,0 | 8,3 | 4,0 | 0,8 | -0,3 | -4,8 | 0,9 |
| Zypern | -0,5 | 3,8 | 3,8 | 6,3 | -1,1 | 2,3 | 8,1 | 3,8 | 0,6 | 1,6 | -4,0 | 2,4 |
| **Osteuropa** | | | | | | | | | | | | |
| Bulgarien | 7,2 | 11,3 | 18,4 | 13,5 | 1,2 | 2,8 | 13,0 | 9,4 | 5,9 | 8,2 | 4,7 | 3,8 |
| Estland | 6,2 | 9,8 | 8,3 | 10,3 | -0,6 | 4,5 | 19,4 | 9,2 | 6,8 | 5,1 | -9,3 | 1,1 |
| Kroatien | 1,2 | 10,4 | 7,9 | 7,5 | 0,0 | 2,7 | 10,7 | 6,9 | 1,2 | 7,5 | -2,5 | 0,6 |
| Lettland | 5,0 | 11,1 | 9,0 | 10,8 | 0,1 | 3,2 | 17,2 | 9,3 | 4,9 | 7,6 | -7,1 | 1,4 |
| Litauen | 6,6 | 11,9 | 10,6 | 10,4 | 1,1 | 4,6 | 18,9 | 9,2 | 5,5 | 7,0 | -7,0 | 1,1 |
| Polen | 5,3 | 4,7 | 13,2 | 12,7 | 3,7 | 5,2 | 13,2 | 11,7 | 1,6 | -0,5 | 0,0 | 0,9 |
| Rumänien | 4,0 | 1,9 | 11,1 | 9,6 | 2,3 | 4,1 | 12,0 | 9,7 | 1,7 | -2,1 | -0,8 | -0,1 |
| Slowakei | 3,9 | 6,9 | 6,0 | 9,7 | 2,0 | 2,8 | 12,1 | 10,9 | 1,8 | 4,0 | -5,4 | -1,1 |
| Slowenien | 3,4 | 7,9 | 4,3 | 7,7 | -0,3 | 2,0 | 9,3 | 7,0 | 3,7 | 5,8 | -4,6 | 0,7 |
| Tschechien | 3,1 | 5,0 | 5,5 | 7,3 | 3,3 | 3,3 | 14,8 | 11,9 | -0,1 | 1,7 | -8,1 | -4,1 |
| Ungarn | 3,0 | 8,8 | 15,0 | 14,6 | 3,4 | 5,2 | 15,3 | 16,4 | -0,4 | 3,4 | -0,2 | -1,5 |
| **EU-27** | **0,0** | **4,0** | **4,8** | **5,9** | **0,7** | **2,9** | **9,2** | **6,7** | **-0,7** | **1,1** | **-4,0** | **-0,7** |

**Anmerkungen:**
Alle Angaben beruhen auf dem Personenkonzept (nicht auf Vollzeitäquivalenten). Dadurch ergeben sich für Frankreich, die Niederlande, Italien, Spanien sowie die EU-27 Abweichungen zu den Veröffentlichungen der Europäischen Kommission (2020). Die Europäische Kommission verwendet zur Berechnug der Reallöhne im Unterschied zum WSI den Preisindex für den privaten Konsum; auch hierdurch kommt es zu geringfügigen Abweichungen zwischen beiden Veröffentlichungen.

**Nominallöhne** = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (nicht arbeitszeitbereinigt).
**Verbraucherpreise** = Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.
**Reallöhne** = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (nicht arbeitszeitbereinigt).

* Angaben für 2023: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2023), Berechnungen des WSI.

in wenigen Ländern – Belgien (5,4%), Luxemburg (3,6%), Zypern (2,4%), Bulgarien (3,8%) – könnten die Reallöhne sogar wieder zulegen. Insgesamt droht 2023 für die Beschäftigten im Durchschnitt der Europäischen Union ein weiterer Reallohnverlust von 0,7%.

Der Grund für die hohen Kaufkraftverluste sind die anziehenden Verbraucherpreise. War bereits im Vorkriegsjahr 2021 ein Anstieg zu beobachten, brachte das Jahr 2022 eine regelrechte Explosion: Im Oktober verzeichnete der HVPI mit einem Anstieg gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt von 10,6% einen Höhepunkt. Auch im Jahresdurchschnitt lag er 2022 mit 9,2% deutlich oberhalb des Inflationsziels der EZB (Tabelle 3). Handelte es sich zunächst vor allem um importierte Inflation, die eine Folge des Energiepreisschocks im Zuge des russischen Überfalls auf die Ukraine war, sind es zunehmend inländische Faktoren, die die Preise treiben (Europäische Kommission 2023a, S. 29). Kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs stiegen die Energiepreise um mehr als 40% und verharrten bis zum Oktober 2022 auf diesem hohen Niveau. Seitdem sind die Energiepreise jedoch wieder drastisch gesunken, sodass diese inflationsdämpfend wirken (Europäische Kommission 2023a, S. 39). In Deutschland lagen die Importpreise im April 2023 insgesamt um 7,0% unterhalb des Vorjahresmonats (Statistisches Bundesamt 2023e).

Inflationstreiber sind weiterhin u. a. Lebensmittelpreise, was für ärmere Haushalte eine enorme Belastung bedeutet, und auch Industrieprodukte (ohne Energieerzeugnisse) und Dienstleistungen haben sich weiter verteuert. Staatliche Unterstützungsprogramme wie Einmalzahlungen oder Preisdeckel, die in den meisten EU-Ländern beschlossen wurden (für einen Überblick siehe Cantero Guerrero/Aumayr-Pintar 2023), können die anhaltend hohen Preise für Güter des täglichen Gebrauchs nur teilweise und oft nur zeitlich begrenzt kompensieren. Besonders problematisch bleibt die Situation in osteuropäischen EU-Ländern, wo ein erheblicher Teil der Bevölkerung einen Großteil des Einkommens für lebenswichtige Güter ausgibt. Die Inflation verschärft somit die soziale Spaltung in der EU sowohl zwischen den Regionen als auch innerhalb der EU-Länder: Paneldaten des European Household Survey weisen darauf hin, dass die jüngsten Preissteigerungen die materielle und soziale Deprivation um etwa 2% und die absolute Armut um bis zu 5% erhöht hat (Menyhért 2022, S. 29).

Da die unteren Einkommensgruppen in besonderem Maße von der Teuerung der Basiskonsumgüter betroffen sind, spielt neben der Tarifpolitik auch die Mindestlohnpolitik eine zentrale Rolle für die Abfederung der Inflationsfolgen (vgl. Aumayr-Pintar/Vacas-Soriano 2023). Der WSI-Mindestlohnbericht weist für das nominale Wachstum der Mindestlöhne in der Europäischen Union für 2023 einen Rekordwert von 12% im Median aus (Lübker/Schulten 2023). Preisbereinigt verbleiben im Durchschnitt allerdings nur 0,6 % reale Lohnsteigerung. Dieser Durchschnittswert verdeckt überdies, dass in der Hälfte der EU-Länder mit gesetzlichen Mindestlöhnen Reallohnverluste verkraftet werden müssen (ebd.).

## 4.2 Verteilungsbilanz und funktionale Einkommensverteilung

Die Verteilungsbilanz lässt sich berechnen, indem man die tatsächliche Lohnentwicklung mit dem rechnerischen Verteilungsspielraum vergleicht (Tabelle 4).[3] Da das Wachstum der Nominallöhne (Tabelle 3) in den vergangenen Jahren weit hinter dem Produkt aus Produktivitäts- und Preisentwicklung (Tabelle 2) zurückgeblieben ist, ergibt sich sowohl 2021 (-2,4%) als auch 2022 (-2,2%) eine deutlich negative Verteilungsbilanz. Für Deutschland ergibt sich in den Jahren 2021 (-2,5 %) und 2022 (-1,8 %) ebenfalls ein negativer Saldo in ähnlicher Größenordnung. Auf Ebene der EU-27 dürfte sich dieser Trend auch 2023 (-0,8%) trotz der zuletzt anziehenden Nominallohnentwicklung fortsetzen. Da der Verteilungsspielraum im vorliegenden Europäischen Tarifbericht auf Basis des BIP-Deflators berechnet wurde, besteht in der Mechanik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ein direkter Zusammenhang zwischen der Verteilungsbilanz und der funktionalen Einkommensverteilung (vgl. auch Lübker/Schulten 2018, S. 402ff.).[4]

Entsprechend zeigt sich das negative Verteilungssaldo auch in einem sinkenden Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen: Die bereinigte Lohnquote ist in der EU-27 seit dem Pandemiejahr 2020 (56,8%) kontinuierlich zurückgegangen und wird 2023 voraussichtlich auf 54,6% fallen. Die Schärfe des Rückgangs lässt sich zwar teilweilweise mit dem erhöhten Ausgangswert des Jahres 2020 erklären. Doch auch im langfristigen Vergleich ist die Lohnquote derzeit ungewöhnlich niedrig: Im Zeitraum von 2010 bis 2019 lag diese in der EU-27 im Mittel noch bei 55,4% (nicht tabellarisch ausgewiesen). Auch Deutschland gehört zu den EU-Ländern, in denen die Lohneinkünfte an Boden verloren haben: Hier fiel die bereinigte Lohnquote von 59,7% (2020) auf 57,3% (2022).

3 Wie oben dargelegt wird der Verteilungsspielraum im Europäischen Tarifbericht seit der Ausgabe 2021/2022 auf Basis des BIP-Deflators berechnet (Lübker/Janssen 2022, S. 323).

4 Dies ist nicht zwangsläufig der Fall, wenn der Verteilungsspielraum auf Basis des HVPI berechnet wird (Lübker/Schulten 2017, S. 423). Durch die Umstellung der Berechnungsgrundlage auf den BIP-Deflators entfällt damit die Unsicherheit bei der Interpretation der Verteilungsbilanz in Bezug auf die funktionale Einkommensverteilung (s. a. Lübker 2020, S. 274).

**Verteilungsbilanz und Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung, 2020 – 2023***
Angaben in Prozentpunkten (Verteilungsbilanz) bzw. Prozent (Lohnquote)

| | Verteilungsbilanz | | | | Lohnquote (bereinigt) | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
| **Nordeuropa** | | | | | | | | |
| Dänemark | 0,9 | -2,2 | -4,7 | 4,0 | 55,5 | 54,3 | 52,0 | 54,1 |
| Finnland | -0,7 | 1,1 | -0,7 | -0,2 | 52,3 | 52,8 | 52,5 | 52,4 |
| Schweden | 1,3 | -2,8 | -2,8 | -0,9 | 49,9 | 48,7 | 47,4 | 47,0 |
| **Westeuropa** | | | | | | | | |
| Belgien | 2,4 | -3,2 | 0,0 | 4,5 | 60,4 | 58,6 | 58,6 | 61,1 |
| Deutschland | 1,6 | -2,5 | -1,8 | -0,2 | 59,7 | 58,3 | 57,3 | 57,2 |
| Frankreich | 1,9 | -0,9 | 1,8 | -0,5 | 58,1 | 57,6 | 58,7 | 58,4 |
| Irland | -3,9 | -5,2 | -6,4 | -2,2 | 31,9 | 30,4 | 28,6 | 28,0 |
| Luxemburg | -0,9 | -2,3 | 1,0 | 2,3 | 52,9 | 51,8 | 52,3 | 53,4 |
| Niederlande | 6,3 | -3,2 | -2,0 | -1,4 | 61,1 | 59,3 | 58,2 | 57,4 |
| Österreich | 4,3 | -1,7 | -2,8 | 1,3 | 57,5 | 56,5 | 55,1 | 55,8 |
| **Südeuropa** | | | | | | | | |
| Griechenland | 7,5 | -4,6 | -10,0 | -2,8 | 54,6 | 52,2 | 47,5 | 46,2 |
| Italien | 1,5 | -1,1 | -0,2 | -2,8 | 53,4 | 52,8 | 52,7 | 51,3 |
| Malta | 9,3 | -6,0 | -3,2 | -0,3 | 55,5 | 52,5 | 50,9 | 50,7 |
| Portugal | 6,3 | -1,0 | -3,1 | -2,2 | 56,1 | 55,6 | 54,0 | 52,9 |
| Spanien | 6,8 | -2,7 | -3,8 | -0,7 | 57,9 | 56,4 | 54,4 | 54,1 |
| Zypern | 3,9 | -4,5 | -5,5 | 0,6 | 52,0 | 49,9 | 47,3 | 47,6 |
| **Osteuropa** | | | | | | | | |
| Bulgarien | 4,7 | -3,8 | 0,9 | 1,8 | 60,7 | 58,7 | 59,2 | 60,1 |
| Estland | 4,5 | -4,5 | -1,7 | 0,7 | 56,9 | 54,7 | 53,8 | 54,2 |
| Kroatien | 8,0 | -3,6 | -4,4 | -0,6 | 56,4 | 54,6 | 52,4 | 52,1 |
| Lettland | 4,0 | -2,9 | -4,1 | 0,5 | 57,5 | 56,0 | 53,9 | 54,2 |
| Litauen | 3,1 | 0,5 | -2,7 | -1,3 | 54,0 | 54,3 | 53,0 | 52,4 |
| Polen | 3,1 | -5,1 | -3,3 | 0,3 | 51,5 | 49,1 | 47,7 | 47,8 |
| Rumänien | 1,6 | -7,4 | -7,5 | -4,9 | 50,9 | 47,4 | 44,4 | 42,5 |
| Slowakei | 3,0 | -1,1 | -1,4 | -1,4 | 50,7 | 50,2 | 49,6 | 48,9 |
| Slowenien | 5,8 | -1,6 | -6,0 | -0,2 | 66,2 | 65,2 | 61,7 | 61,6 |
| Tschechien | 2,8 | -1,6 | -3,8 | -3,4 | 53,3 | 52,5 | 50,7 | 49,1 |
| Ungarn | 0,3 | -4,1 | -3,5 | 1,0 | 45,0 | 43,3 | 42,1 | 42,5 |
| **EU-27** | **2,3** | **-2,4** | **-2,2** | **-0,8** | **56,8** | **55,6** | **54,8** | **54,6** |

**Anmerkungen:**
Alle Angaben beruhen auf dem Personenkonzept (nicht auf Vollzeitäquivalenten).

**Verteilungsbilanz** = Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachses und des Verteilungsspielraums auf Basis des BIP-Deflators, in Prozentpunkten.
**Lohnquote (bereinigt)** = Arbeitnehmerentgelte pro Beschäftigtem, in % des BIP pro Erwerbstätigem (jeweils zu laufenden Marktpreisen, Personenkonzept, nicht arbeitszeitbereinigt).

* Angaben für 2023: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 15. Mai 2023), Berechnungen des WSI.

# 5 INFLATIONSVERLIERER UND INFLATIONSGEWINNER

## 5.1 Preisanhebungen führen zu steigenden Gewinnmargen

Die vorangegangenen Abschnitte haben dargelegt, dass die Beschäftigten angesichts der Diskrepanz zwischen Lohn- und Preisentwicklung im vergangenen Jahr unter deutlichen Reallohneinbußen gelitten haben: Nach den verfügbaren Daten sind sie die Verlierer der jüngsten Inflationswelle. Aber auch Arbeitgeber vermitteln zuweilen den Eindruck, dass die Betriebe gleichermaßen unter der hohen Inflation leiden. Insbesondere die im Verlauf der Jahre 2021 und 2022 deutlich gestiegenen Weltmarktpreise für Energie, Agrarrohstoffe und andere Vorprodukte lassen diese Darstellung zunächst plausibel erscheinen (Dullien/Tober 2023, S. 3). Trotzdem sind Zweifel angebracht, da die gestiegenen Preise für Endprodukte in Form von höheren Einnahmen in die Unternehmensbilanzen eingehen – ein diametraler Gegensatz zur Position der Verbraucher, für die gestiegene Preise höhere Ausgaben bedeuten. Auch die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung spricht gegen einen Rückgang der Kapitaleinkommen.

So wurde im Europäischen Tarifbericht bereits im Vorjahr argumentiert, dass viele Unternehmen ihre Preise stärker angehoben haben, als dies zur Kompensation der gestiegenen Kosten notwendig gewesen wäre (Lübker/Janssen 2022, S. 319). Als Beispiel hierfür dienten die führenden deutschen Automobilhersteller, die eine „verbesserte Preisdurchsetzung" als wesentliche Erklärung für gestiegene Unternehmensgewinne angaben (ebd.). Inzwischen hat sich die Deutsche Bundesbank (2023) auf breiterer Datenbasis mit der Ertragslage der deutschen Unternehmen befasst.[5] Sie kommt zu dem Ergebnis, dass „Kostensteigerungen größtenteils an die Verbraucher weitergegeben wurden", während dies bei Entlastungen nicht der Fall war (ebd., S. 70). Den Unternehmen kam zudem das moderate Lohnwachstum zugute, sodass „der ausgewiesene Personalaufwand relativ zur Gesamtleistung zurück[ging]" (ebd.).

Im Ergebnis konnten die Unternehmen ihre Gewinnmargen in Deutschland deutlich zulasten der Verbraucher ausweiten und erreichten im Jahr 2021 nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank eine Umsatzrendite vor Steuern von 5,1%, den höchsten Wert seit 2007 (ebd.). Die Bilanzen der börsennotierten Unternehmen legen zudem nahe, dass die Erlöse und in geringerem Maße auch die Unternehmensgewinne im Jahr 2022 in allen Wirtschaftsbereichen weiter gestiegen sind.[6] Auch Joachim Ragnitz (2022) vom ifo Institut Dresden kommt zu dem Befund, dass deutsche Unternehmen nicht nur Kostensteigerungen an ihre Kunden weitergegeben haben, sondern die Inflation durch eine Steigerung ihrer Gewinnmargen weiter angeheizt haben. So hätten „[i]nsbesondere in der Land- und Forstwirtschaft [...] sowie im Baugewerbe und im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr [...] die Unternehmen ihre Preise deutlich stärker erhöht, als es aufgrund der gestiegenen Vorleistungspreise allein zu erwarten gewesen wäre" (ebd., S. 25).

## 5.2 Beiträge von Lohn- und Gewinnentwicklung zum BIP-Deflator

Zuletzt wies die Europäische Kommission (2023, S. 29) in ihrem Frühjahrsgutachten darauf hin, dass die Gewinnentwicklung eine wesentliche Triebkraft für die europaweit hohen Inflationsraten ist. Ausgangspunkt für die Berechnungen der Kommission ist der BIP-Deflator, der auch in Abschnitt 2.3 zur Ermittlung des Verteilungsspielraums verwendet wird. Da sich das nominale BIP auf der Einkommensseite in seine beiden Hauptkomponenten – Arbeitnehmerentgelte und Betriebsüberschüsse – zerlegen lässt, können Veränderungen des BIP-Deflators ebenfalls auf die Lohn- und Gewinnentwicklung zurückgerechnet werden.[7] Als dritte, deutlich kleinere Komponente geht auch der Saldo von Produktions- und Importabgaben sowie Subventionen in das nominale BIP ein. Steuerliche Änderungen – wie die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer im Jahr 2020 – können den BIP-Deflator deshalb ebenfalls beeinflussen. **Abbildung 5** orientiert sich an der Methodik des Frühjahrsgutachtens der Europäischen Kommission (2023, S. 29ff.).[8] Entsprechend gilt der Vorbehalt, auf den auch die Kommission hinweist: Die Zerlegung ist eine rein buchhalterische Übung und kann nicht im Sinne einer Kausalanalyse verstanden werden kann (ebd., S. 29).

Da die Arbeitnehmerentgelte einen höheren Anteil am BIP haben als die Betriebsüberschüsse, ist von diesen auch ein höherer Beitrag zum BIP-De-

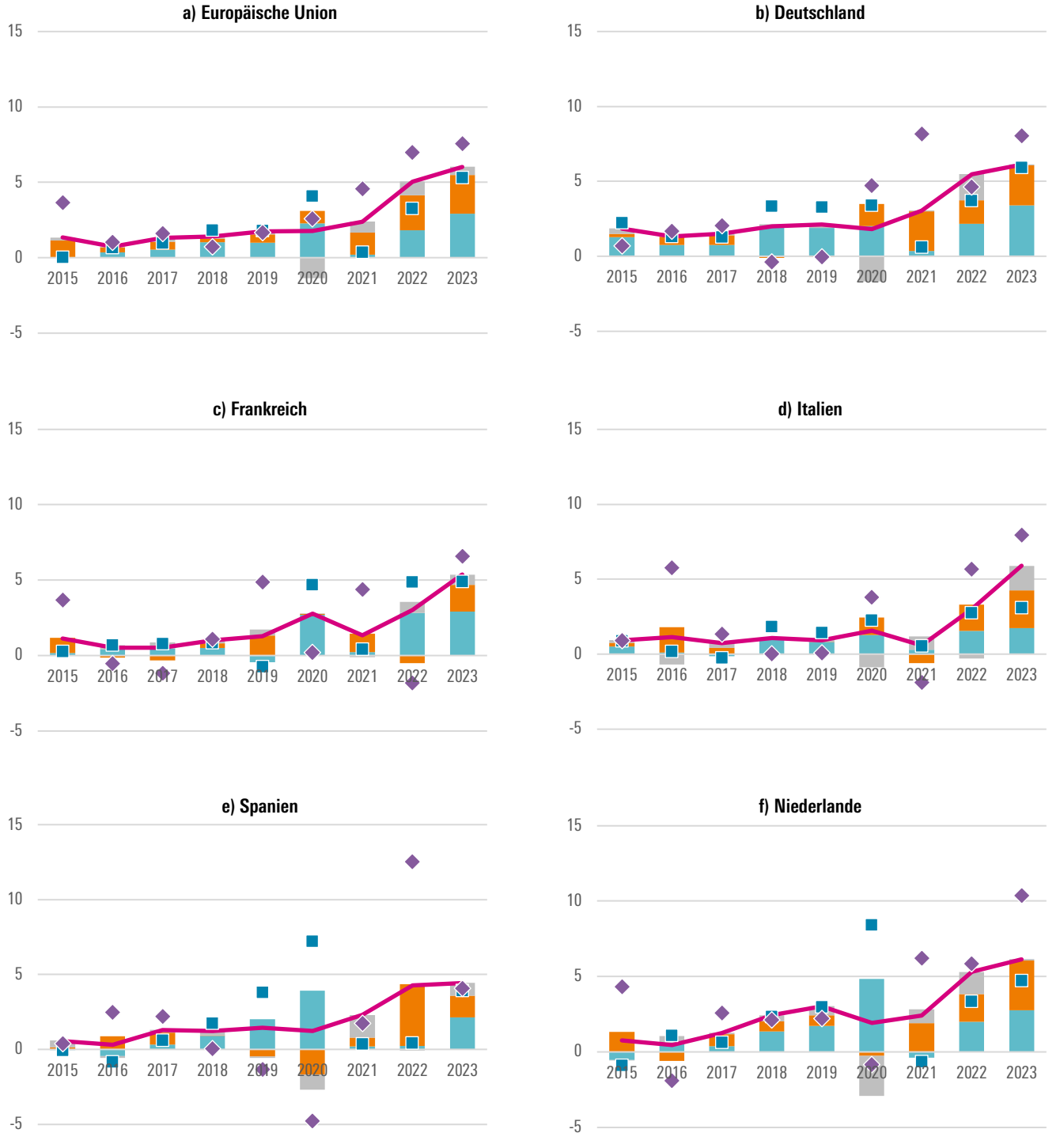
5 In die Untersuchung gingen die Jahresabschlüsse von rund 23.000 Unternehmen ein, die anhand von Angaben aus dem Unternehmensregister hochgerechnet wurden (Deutsche Bundesbank 2023, S. 70).

6 Für die rund 230 im Prime Standard der Frankfurter Börse notierten Unternehmen liegen aufgrund der Berichtspflichten zeitnahe Daten vor (Deutsche Bundesbank 2023, S. 80).

7 Dies geschieht im Einkommensentstehungskonto (vgl. Eurostat 2014, Rz. 8.18).

8 Gewinne werden als Bruttobetriebsüberschuss definiert (also vor Abschreibungen) und Löhne als Arbeitnehmerentgelt (d.h. inklusive der Sozialbeiträge der Arbeitgeber). Das Selbstständigen-Einkommen wird dem Vorbild der Europäischen Kommission (2023, S. 29) folgend anteilsmäßig auf Löhne und Gewinne verteilt.

**Entwicklung des BIP-Deflators und seiner Komponenten auf der Einkommensseite, 2015 – 2023***
Angaben in Prozent (BIP-Deflator, Lohn- und Gewinninflation) bzw. Prozentpunkten (Beiträge zum BIP-Deflator)




* Angaben für 2023: Prognose der Europäischen Kommission.
** Entwicklung der Lohnstückkosten (bereinigte Arbeitnehmerentgelte / BIP zu Marktpreisen)
*** Entwicklung der Kapitalstückkosten (bereinigte Bruttobetriebsüberschüsse / BIP zu Marktpreisen)

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Stand: 15. Mai 2023), Berechnungen des WSI.

flator zu erwarten (s. a. Arce/Hahn/Koester 2023, Abbildung 3).[9] Abbildung 5 trägt deshalb zunächst die prozentuale Entwicklung der Lohnstückkosten (Lohninflation) und der Kapitalstückkosten (Gewinninflation) ab. Während beide Indikatoren in den Vorjahren ohne erkennbares Muster um den BIP-Deflator (dargestellt als Linie) schwankten, liegen die Steigerungsraten der Kapitalstückkosten in den Jahren 2021 (4,6 %) und 2022 (7,0 %) und in der Prognose auch im Jahr 2023 (7,6 %) deutlich über denen der Lohnstückkosten. Insofern erklärt sich der Befund der Europäischen Kommission (2023, S. 31), dass der inländische Preisdruck derzeit insbesondere von den Gewinnen ausgeht.

Dies zeigt sich auch an dem ungewöhnlich hohen Beitrag der Gewinnentwicklung zum BIP-Deflator (Balken in Abbildung 5), der für die Europäische Union als Ganzes (Panel a) in den Jahren 2021 und 2022 bei 1,5 bzw. 2,3 Prozentpunkten lag. In der Prognose wird die weiterhin positive Gewinnentwicklung auch im laufenden Jahr (2,5 Prozentpunkte) wieder deutlich zur Binneninflation beitragen. Zum Vergleich: In den Jahren von 2010 bis 2020 lag der rechnerische Beitrag der Bruttobetriebsüberschüsse zum BIP-Deflator bei nur 0,5 Prozentpunkten. Aktuell ist der Inflationsbeitrag der Gewinne also drei- bis fünfmal so hoch wie im langfristigen Trend. Im Unterschied dazu lässt sich bei den Löhnen im Jahr 2021 (0,2 Prozentpunkte) nur ein minimaler Inflationsbeitrag ausmachen, der erst im Jahr 2022 auf 1,8 Prozentpunkte anwächst und in der Prognose für 2023 bei 2,9 Prozentpunkten liegt. Dies ist jedoch – wie oben ausgeführt – zum höheren Anteil der Löhne am BIP ins Verhältnis zu setzen.

Betrachtet man die Entwicklung in den fünf größten Volkswirtschaften der Europäischen Union, zeigt sich – mit einer wichtigen Ausnahme – ein ähnliches Muster (Abbildung 5, Panel b bis f). So hat die Gewinnentwicklung in Deutschland, Italien, Spanien und den Niederlanden im Zeitraum seit 2021 jeweils einen disproportionalen Beitrag zum BIP-Deflator geleistet, wobei sich dieser je nach Land geringfügig anders über die Kalenderjahre verteilt. Gemeinsam ist allen vier Ländern, dass die Kapitalstückkosten im Zeitraum 2022/23 und teilweise auch im Jahr 2021 stärker als die Lohnstückkosten gestiegen sind. Anders stellt sich die Situation in Frankreich dar, wo die Lohnstückkosten im Jahr 2022 um 4,9 % gestiegen sind (und ein ähnliches Wachstum auch für 2023 erwartet wird). Dies liegt deutlich über dem Durchschnitt der EU-27 (3,3 %). Da die Gewinnentwicklung in Frankreich gleichzeitig verhalten war, ergibt sich für 2022 trotzdem nur eine unterdurchschnittliche Steigerungsrate des BIP-Deflators von nur 3,0 % (und eine ebenfalls unterdurchschnittliche Steigerung der Verbraucherpreise um 5,9 %; vgl. Tabelle 3).

Dies zeigt im Sinne des oben angeführten Vorbehalts, dass die Kausalbeziehung zwischen Löhnen und Inflation nur lose ist und von der Gewinnentwicklung abhängt. Die vierteljährliche VGR zeigt dabei seit dem 3. Quartal 2021 eine zunehmende Gewinndynamik, die sowohl vom produzierenden Gewerbe als auch von den Dienstleistungen getragen wird (Europäische Kommission 2023a, S. 30). Im 4. Quartal 2022 stiegen die Kapitalstückkosten in allen Ländern der EU-27, und zwar ganz überwiegend stärker als der BIP Deflator (ebd.). Auch Berechnungen der EZB zeigen einen steigenden Inflationsbeitrag der Gewinne (Panetta 2023). In der Summe haben die Gewinne in der Eurozone seit dem 4. Quartal 2019 einen höheren Beitrag zum BIP-Deflator geleistet als die Löhne. Besonders ausgeprägt ist dieses Missverhältnis im Sektor Bergbau und Versorger sowie in der Landwirtschaft, wo aufgrund steigender Rohstoffpreise Übergewinne erzielt wurden. Aber auch im verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe und dem Sektor Handel, Transport und Gastgewerbe legten die Gewinne deutlich zu (ebd.).

In der Gesamtschau zeigt sich, dass es den Unternehmen in der jüngsten Vergangenheit gelungen ist, ihre Absatzpreise stärker anzuheben als dies zum Ausgleich von steigenden Kosten für importierte Rohstoffe und Vorleistungen notwendig gewesen wäre. Auch liberale Ökonomen teilen deshalb den Befund der „Gewinninflation" und sehen die Unternehmen als „Inflationsgewinner" (Ragnitz 2022). Dies wirft die Frage auf, wie es den Unternehmen gelungen ist, ihre höheren Margen am Markt durchzusetzen. Dies ist für Krisensituationen ungewöhnlich, da eigentlich zu erwarten wäre, dass sich die steigenden Kosten für Vorprodukte und die schwache Konjunktur negativ auf die Gewinnsituation auswirken (Arce/Hahn/Koester 2023).

In der aktuellen Debatte werden im Wesentlichen zwei Erklärungsmuster angeführt: Einerseits wird auf das Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage verwiesen, das während der Corona-Pandemie insbesondere zu steigenden Güterpreisen und im Zuge der Öffnungsschritte zu einem Nachfrageüberhang im Dienstleistungsbereich geführt hat (Europäische Kommission 2023a, S. 30f.). Andererseits dürften aber auch verhaltensökonomische Faktoren eine wichtige Rolle gespielt haben. So konnten die Unternehmen steigende Rohstoffkosten im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine als Vorwand nutzen, um Preiserhöhungen durchzusetzen (ebd.). Da die Unternehmen davon ausgehen konnten, dass auch ihre Wettbewerber die Preise erhöhen, können sie diesen Schritt gehen, ohne den Verlust von Marktanteilen befürchten zu müssen. Dies gilt insbesondere in Märkten mit geringer Wettbewerbsintensität (s. a. Weber/Wasner 2023).

9 In den Jahren 2010 bis 2020 lag der Beitrag der Arbeitnehmerentgelte zum BIP-Deflator trotzdem nur bei durchschnittlich 0,7 Prozentpunkten.

## 6 FAZIT: FINDET EUROPA EINEN GERECHTEN AUSWEG AUS DER KRISE?

Der diesjährige Europäische Tarifbericht des WSI zeigt in erschreckender Deutlichkeit, dass die Beschäftigten die Verlierer der aktuellen Inflationskrise sind: Europaweit sank die Kaufkraft der Löhne im vergangenen Jahr um 4,0%; für das laufende Jahr prognostiziert die Europäische Kommission einen weiteren Reallohnverlust von 0,7%. Ganz ähnlich sieht die Situation in Deutschland aus, wo die Reallöhne nach den hier vorgestellten Daten um 4,1% (2022) zurückgingen und voraussichtlich um weitere 1,3% (2023) sinken werden. Ausschlaggebend hierfür sind die rasant steigenden Verbraucherpreise, die anfangs durch die Verteuerung von Energieimporten getrieben wurden. Inzwischen sinken die Importpreise jedoch wieder, sodass die Persistenz der Inflation vor allem auf binnenwirtschaftliche Faktoren zurückgeht.

In der öffentlichen Debatte sehen sich die Gewerkschaften häufig mit dem pauschalen Vorwurf konfrontiert, die Inflation mit ihren Lohnforderungen zusätzlich zu befeuern. Ein nüchterner Blick auf Daten der Europäischen Zentralbank und von Eurofound zeigt jedoch, dass die Entwicklung der Tariflöhne die hohen Inflationsraten der vergangenen Monate nicht erklären kann. Die Tariflöhne stiegen in der Euro-Zone mit 2,8% im Jahr 2022 zwar etwas stärker als im Vorjahr (1,5%). Die Wachstumsrate lag damit aber weiterhin unterhalb der Schwelle für eine stabilitätskonforme Lohnpolitik von 3%, die sich aus einem Trendwachstum der Produktivität von 1% und dem Inflationsziel der EZB von 2% ergibt. Deutschland entspricht mit einer Steigerung der Tariflöhne von 2,7% im Jahr 2022 diesem Muster, das sich nach Berechnungen der Statistisches Bundesamtes (2023e) auch zum Jahresanfang fortgesetzt hat. Selbst arbeitgebernahe Beobachter wie Lesch und Eckle (2023, S. 4) vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) sehen die aktuelle Tarifpolitik deshalb „im stabilitätspolitischen Rahmen".

Im Gegensatz zur Lohnentwicklung standen die Gewinne lange Zeit kaum im Fokus der öffentlichen Debatte um die Ursachen des Preisauftriebs. Dies lag auch daran, dass die Unternehmen sich selbst sehr eindringlich als Leidtragende von Kostensteigerungen dargestellt haben. Bereits der Europäische Tarifbericht des Vorjahres hat an dieser Darstellung unter Verweis auf gute Unternehmensbilanzen Zweifel angemeldet (Lübker/Janssen 2022, S. 319). Inzwischen bestätigen Erhebungen der Deutschen Bundesbank (2023) auf breiter Datenbasis, dass es deutschen Unternehmen nicht nur gelungen ist, Kostensteigerungen an die Verbraucher weiterzugeben, sondern dass sie durch darüberhinausgehende Preisanhebungen ihre Gewinnmargen gesteigert haben.

Mit Hilfe der VGR lässt sich der rechnerische Beitrag von Gewinnen und Löhnen zur Binneninflation systematisch für die gesamte Europäische Union untersuchen. Die Analyse zeigt, dass die Kapitalstückkosten in der Europäischen Union derzeit stärker steigen als die Lohnstückkosten. Die Gewinnsteigerungen tragen deshalb in erheblichem Umfang zum BIP-Deflator bei und damit zur Binneninflation. Auch für Deutschland erhärtet sich der Befund der „Gewinninflation" und die daran geknüpfte Diagnose, dass Unternehmen zu den „Inflationsgewinnern" gehören (u. a. Ragnitz 2022). In Anbetracht der Reallohnverluste für die Beschäftigten ist diese verteilungspolitische Schieflage auch ein Gerechtigkeitsproblem.

Die künftige Tarifpolitik sieht sich deshalb mit einem Dilemma konfrontiert: Die moderaten Tariflohnsteigerungen der vergangenen Jahre waren zwar stabilitätskonform, aber mit so deutlichen Reallohnverlusten verbunden, dass diese die realen Tarifsteigerungen in allen untersuchten Ländern seit 2015 vollständig aufgezehrt haben. Zudem haben die Unternehmen – wie oben dargestellt und mit Ausnahme Frankreichs – keine reziproke Gewinnzurückhaltung geübt, sodass es mitten in der Krise zu einer Umverteilung zulasten der Löhne und zugunsten der Kapitaleinkommen gekommen ist. Die Neuabschlüsse aus dem Jahr 2022 zeigen, dass die europäischen Gewerkschaften hierauf mit höheren Abschlussraten reagiert haben. Auch diese liegen unterhalb der Inflationsrate, bedingen also weiterhin Reallohnverluste. Zudem ist die Steuerungsfähigkeit der Tarifpolitik – nicht zuletzt aufgrund der in vielen Ländern gesunkenen Tarifbindung – nur begrenzt, sodass die Effektivlöhne in der Euro-Zone derzeit im Sinne einer Lohndrift schneller steigen als die Tariflöhne.

Auch in Deutschland wird die Debatte inzwischen differenzierter geführt als noch vor einem Jahr (Lübker/Janssen 2022, S. 325f.). Zwar gibt es nach wie vor Stimmen, die, wie die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Julia Klöckner (2023), einseitig vor den Gefahren einer möglichen Lohn-Preis-Spirale warnen und – grob faktenwidrig – argumentieren, dass sich im Zuge der Inflation auch die meisten Unternehmensgewinne in Luft aufgelöst hätten. Unter Verweis auf Ragnitz (2022) sprechen Lesch und Eckle (2023, S. 22) hingegen von einer Art „Doppelgefahr", namentlich einer „Kombination aus Gewinn-Preis- und Lohn-Preis-Spirale". Auch für die EZB nimmt die Gewinnentwicklung inzwischen eine deutlich prominentere Rolle bei der Abschätzung des künftigen Inflationsdrucks ein, als dies in der Vergangenheit der Fall war (u. a. Panetta 2023).

Dadurch wird die Rolle der Gewinne in der aktuellen Inflationsdynamik anerkannt. Tatsächlich führen höhere Löhne nur dann zu Preisauftrieb, wenn die Unternehmen ihre Margen aufrechterhalten (s. a. Arce/Hahn/Koester 2023). Um die derzeitige Problemlage aus hoher Inflation, fallenden

Reallöhnen und den damit einhergehenden Verschiebungen in der funktionalen Einkommensverteilung zu überwinden, bietet eine Normalisierung der Gewinnmargen deshalb einen möglichen Ausweg. Die Europäische Kommission (2023a, S. 31) hofft entsprechend, dass dieses Szenario im kommenden Jahr eintreten könnte. Begünstigt würde dies durch eine Entschärfung der Lieferengpässe, einen Rückgang der angestauten Nachfrage und eine schwache globale Konjunktur. Die derzeit erhöhten Gewinnmargen bieten deshalb einen Puffer, um künftige Steigerungen der Lohnstückkosten aufzufangen (ebd.). Auch eine aktuelle Studie des Internationalen Währungsfonds (IMF) legt nahe, dass es, wie in der Vergangenheit oft geschehen, zu einer Kombination aus stärkerem Nominallohnwachstum und fallender Inflation kommen könnte – und damit zu einer Aufholbewegung der Reallöhne (Alvarez et al. 2022). Sicher ist solch ein günstiger Ausgang jedoch nicht.

# LITERATUR


**Ahlers, E. / Villalobos, V. Q. (2022)**: Fachkräftemangel in Deutschland. Befunde der WSI Betriebs- und Personalrätebefragung 2021/22. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung, WSI Report Nr. 76, Düsseldorf

**Alvarez, J. / Bluedorn, J. / Hansen, N.-J. / Huang, Y. / Pugacheva, E. / Sollaci, A. (2022)**: Wage-Price Spirals: What is the Historical Evidence? International Monetary Fund: IMF Working Paper No. 2022/221, Washington D.C.

**Arce, O. / Hahn, E. / Koester, G. (2023)**: How tit-for-tat Inflation can Make Everyone Poorer, The ECB Blog vom 30. März 2023, https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2023/html/ecb.blog.230330~00e522ecb5.en.html

**Aumayr-Pintar, C. / Vacas-Soriano, C. (2023)**: Minimum Wage Hikes Struggle to Offset Inflation, Eurofound, 23. Januar 2023, https://www.eurofound.europa.eu/publications/article/2023/minimum-wage-hikes-struggle-to-offset-inflation

**Bodnár, K. / Gonçalves, E. / Górnicka, L. / Koester, G. (2022)**: Lohnentwicklung und die maßgeblichen Einflussfaktoren seit Beginn der Pandemie, in: EZB-Wirtschaftsbericht 8/2022, S. 137–160

**Cantero Guerrero, M. / Aumayr-Pintar, C. (2023)**: Measures to Lessen the Impact of the Inflation and Energy Crisis on Citizens, Eurofound, 30. Januar 2023, https://www.eurofound.europa.eu/publications/article/2023/measures-to-lessen-the-impact-of-the-inflation-and-energy-crisis-on-citizens?pk_campaign=policywatch&pk_source=footer

**Creutzburg, D. (2023)**: Wie die Löhne die Preise treiben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung online (aktualisiert am 22. Februar 2023), https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/inflation-und-tarifkonflikt-steht-eine-lohn-preis-spirale-bevor-18695879.html#void

**Deutsche Bundesbank (2022)**: Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2023 bis 2025, in: Monatsbericht 74 (12), 12/2022, S. 17–45, https://www.bundesbank.de/resource/blob/892964/bbd7cffb91f93da1255b118db7bf6da5/mL/2022-12-prognose-data.pdf

**Deutsche Bundesbank (2023)**: Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2021, in: Monatsbericht 75 (3), 3/2023, S. 69–84, https://www.bundesbank.de/resource/blob/906392/71f97029ca27bb6c1c10fe380ab602d9/mL/2023-03-monatsbericht-data.pdf

**Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Hohlfeld, P. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Tober, S. / Theobald, T. / Watzka, S. (2023)**: Schwache Dynamik nach Energiepreisschocks und Zinserhöhungen – Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2023/2024. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Report 180, März 2023, Düsseldorf, https://www.imk-boeckler.de/fpdf/HBS-008580/p_imk_report_180_2023.pdf

**Dullien, S. / Rietzler, K. / Tober, S. (2023)**: Nettoeinkommen der Arbeitnehmenden: Spürbare Kaufkraftlücke trotz kräftiger staatlicher Entlastung. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 151, Juni 2023, Düsseldorf

**Dullien, S. / Tober, S. (2023)**: IMK Inflationsmonitor. Inflationsrate im März 2023 deutlich geringer, Inflationsunterschiede zwischen Haushalten weiter hoch. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 148, April 2023, Düsseldorf

**Eures (2023)**: Report on Labour Shortages and Surpluses 2022, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg

**Eurofound (2023)**: EurWORK's Database on Wages, Working Time and Collective Disputes (im Erscheinen)

**Europäische Kommission (2022a)**: European Economic Forecast. Spring 2022. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union: Institutional Paper 173, Mai 2022, Luxemburg

**Europäische Kommission (2022b)**: European Economic Forecast. Autumn 2022. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union: Institutional Paper 187, November 2022, Luxemburg

**Europäische Kommission (2023a)**: European Economic Forecast. Spring 2023. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union: Institutional Paper 200, Mai 2023, Luxemburg

**Europäische Kommission (2023b)**: European Economic Forecast. Winter 2023. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union: Institutional Paper 194, Februar 2023, Luxemburg

**Eurostat (2014)**: Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ESVG 2010, Luxemburg

**EZB (Europäische Zentralbank) (2023)**: Geldpolitische Beschlüsse, Pressemitteilung vom 15. Juni 2023

**Fuest, C. / Jäger, S. (2023)**: Können höhere Löhne zur Überwindung des Fachkräftemangels beitragen?, in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 103 (4), April 2023, S. 253–258

**Gautier, E. (2023)**: Negotiated Wage Increases: What is the Picture for 2022? Banque de France, Post n°301 (zuletzt aktualisiert am 2. März 2023), https://blocnotesdeleco.banque-france.fr/en/blog-entry/negotiated-wage-increases-what-picture-2022

**Herzog-Stein, A. / Stein, U. (2023)**: Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2022: Energiepreisschocks führen zu steigenden Arbeitskosten bei fallenden Reallöhnen. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK-Report, Düsseldorf (im Erscheinen)

**IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (2023)**: Arbeitskräfteknappheits-Index, https://iab.de/daten/arbeitskraefteknappheits-index/

**Kanutin, A. (2015)**: The ECB's Experimental Indicator of Negotiated Wages, Paper presented at the ISTAT Workshop on Labour Costs, Rom (5.-6. Mai 2015)

**Klöckner, J. (2023)**: Lohn-Preis-Spirale schadet dem Wirtschaftsstandort, Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 26. Februar 2023, https://www.cducsu.de/presse/pressemitteilungen/lohn-preis-spirale-schadet-dem-wirtschaftsstandort

**Lane, P. (2023)**: Underlying Inflation, Rede von EZB-Direktoriumsmitglied Philip R. Lane beim Trinity College Dublin am 6. März 2023, https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2023/html/ecb.sp230306~57f17143da.en.html

**Lesch, H. / Eckle, L. (2023)**: Konzertiert gegen die Lohn-Preis-Spirale, Tarifpolitischer Bericht 2. Halbjahr 2022. Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Report Nr. 11, Februar 2023, Köln, https://www.iwd.de/artikel/die-gefahr-der-lohn-preis-spirale-543073/

**Lopez-Garcia, P. / Szörfi, B. (2021)**: Key Factors behind Productivity Trends in Euro Area Countries, in: Economic Bulletin Juli 2021, S. 92 – 114

**Lübker, M. (2020)**: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2019 / 2020: Tarifpolitik in Zeiten der Corona-Pandemie, in: WSI-Mitteilungen 73 (4), S. 266 – 277, https://www.wsi.de/data/wsimit_2020_04_luebker.pdf

**Lübker, M. / Janssen, T. (2022)**: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2021 / 2022: Tarifpolitik im Zeichen von Krise, Krieg und Inflation, in: WSI-Mitteilungen 75 (4), S. 314 – 327, https://www.wsi.de/de/wsi-mitteilungen-europaeischer-tarifbericht-des-wsi-20212022-42448.htm

**Lübker, M. / Schulten, T. (2017)**: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2016 / 2017: Lohnentwicklung und Ungleichheitsdynamiken, in: WSI-Mitteilungen 70 (6), S. 421 – 431, https://www.wsi.de/data/wsi-mit_2017_06_luebker.pdf

**Lübker, M. / Schulten, T. (2018)**: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2017 / 2018: Lohnentwicklung und Ungleichheitsdynamiken, in: WSI-Mitteilungen 71 (5), S. 401 – 412, https://www.wsi.de/data/wsi-mit_2018_05_luebker.pdf

**Lübker, M. / Schulten, T. (2023)**: WSI-Mindestlohnbericht 2023: Kaufkraftsicherung als zentrale Aufgabe in Zeiten hoher Inflation, in: WSI-Mitteilungen 76 (2), S. 112 – 122, https://www.wsi.de/de/wsi-mitteilungen-wsi-mindestlohnbericht-2023-kaufkraftsicherung-aufgabe-in-zeiten-hoher-inflation-47951.htm

**Menyhért, B. (2022)**: The Effect of Rising Energy and Consumer Prices on Household Finances, Poverty and Social Exclusion in the EU, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg

**Panetta, F. (2023)**: Everything Everywhere all at Once: Responding to Multiple Global Shocks, Rede auf der Konferenz „The ECB and its Watchers XXIII" vom 22. März 2023, Frankfurt a. M.

**Ragnitz, J. (2022)**: Gewinninflation und Inflationsgewinner. Ifo Institut: ifo Dresden berichtet 29 (5), S. 24 – 28

**Schulten, T. / WSI-Tarifarchiv (2023)**: Tarifpolitischer Jahresbericht 2022: Tarifpolitik unter den Bedingungen historisch hoher Inflationsraten, in: WSI-Mitteilungen 76 (2), S. 123 – 132, https://www.wsi.de/de/wsi-mitteilungen-tarifpolitischer-jahresbericht-2022-47950.htm

**Statistisches Bundesamt (2023a)**: Bruttoinlandsprodukt: Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 1. Quartal 2023. Wirtschaftsleistung auch im 1. Quartal 2023 im Minus, Pressemitteilung Nr. 203 vom 25. Mai 2023

**Statistisches Bundesamt (2023b)**: Preisentwicklung in den EU-Staaten. Energie 2022 deutlich teurer, https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Wirtschaft-Finanzen/Inflation.html

**Statistisches Bundesamt (2023c)**: Reallöhne im 1. Quartal 2023 um 2,3 % niedriger als im Vorjahresquartal, Pressemitteilung Nr. 206 vom 30. Mai 2023

**Statistisches Bundesamt (2023d)**: Tarifverdienste im 1. Quartal 2023 um 2,7 % höher als im Vorjahresquartal, Pressemitteilung Nr. 209 vom 31. Mai 2023

**Statistisches Bundesamt (2023e)**: Importpreise im April 2023: -7,0 % gegenüber April 2022, Pressemitteilung Nr. 207 vom 31. Mai 2023, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/05/PD23_207_614.html

**Weber, I. / Wasner, E. (2023)**: Seller's Inflation, Profits and Conflict: Why can Large Firms Hike Prices in an Emergency? UMassAmherst Economics: Economics Department Working Paper Series 343, University of Massachusetts

**WSI-Tarifarchiv (2022)**: Tariflöhne steigen 2022 durchschnittlich um 2,7 Prozent – hohe Inflation führt zu Reallohnverlust von 4,7 Prozent, Pressemitteilung vom 13. Dezember 2022

WWW.BOECKLER.DE

# IMPRESSUM

**Ausgabe**
WSI Report Nr. 86, Juli 2023
Europäischer Tarifbericht des WSI – 2022 / 2023

ISSN 2366-7079

**Herausgeber**
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (2 11) 77 78-18 7

http://www.wsi.de

**Pressekontakt**
Rainer Jung, +49 (2 11) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Satz: Yuko Stier Grafikdesign

**Kontakt**
Thilo Janssen
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (2 11) 77 78-650

thilo-janssen@boeckler.de
www.wsi.de

Dieses Werk ist lizensiert unter der
Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International
(https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de)